Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 39 — Sonnabend, den 29. September 1928 — 32. Jahrgang

Baugewerksbund und Steinarbeiterverband

Die Auseinandersetzungen über dieses Thema können nicht eher beendet werden, bis den Satzungen des ADGB Genüge geschehen ist. Wie weit wir davon noch entfernt sind, zeigt das kürzlich herausgekommene **Jahrbuch 1927** des Deutschen Baugewerksbundes. Unter seinen 13 Reichsfachgruppen befindet sich auch eine solche für die Pflasterer, Steinsetzer, Rammer und Steinarbeiter,

obgleich der Steinarbeiterverband im Rahmen des ADGB die allein zuständige Organisation für diese Berufsgruppen ist.

Nach den jahrelangen Auseinandersetzungen, die das Recht des Steinarbeiterverbandes klar und einwandfrei erwiesen haben, ist auf Seite 209 des Jahrbuchs zu lesen:

„Es ist bekannt, daß wir uns die erbitterte Feindschaft des Steinarbeiterverbandes zugezogen haben. Der Steinarbeiterverband hat durch Satzungsänderung seinen Organisationsbereich ausgedehnt auf alle „am Steinstraßenbau beschäftigten Arbeiter". Damit hat er uns bewußt zu Gegenmaßnahmen herausgefordert."

Welches sind die wahren Gründe des bedauerlichen Organisationsstreites?

1. Die mit der Gründung des Baugewerksbundes erfolgte eigenmächtige Ausdehnung seines Organisationsbereiches auf die Wirtschaftsgruppe „Steine und Erden", deren erstere unangefochtenes Organisationsgebiet des Steinarbeiterverbandes darstellen,

2. die Verschmelzung des Steinsetzerverbandes mit dem Steinarbeiterverbande, die selbstverständlich auch eine auf die hierdurch erfolgte Ausdehnung des Organisationsbereiches bezügliche Satzungsänderung zur Folge hatte. Das Wort „Steinstraßenbau" wurde nur gewählt zur Unterscheidung von Asphalt- und Betonstraßen, die ausdrücklich dem Baugewerksbund überlassen wurden, was diesem auch bekannt war.

Für den Steinarbeiterverband kamen also nur die Arbeiterkategorien in Betracht, die schon vor der Verschmelzung dem Steinsetzerverbande angehört haben.

Nach vierjährigem häßlichstem Bruderkampf vermag der Baugewerksbund nunmehr das folgende äußerst dürftige Ergebnis zu buchen:

„Die Reichsfachgruppe ist örtlich sehr ungleich verteilt. Die größte geschlossene Mitgliederzahl ist im Bezirk Frankfurt a. M. Außerdem gehören die Berufskollegen in Dresden, in der Amtshauptmannschaft Bautzen, in Plauen, Braunschweig, Siegen, Barmen-Elberfeld zu uns. Nach den Abrechnungen unserer Baugewerkschaften hatten wir im Jahresmittel 975 Pflasterer, Steinsetzer und Rammer als Mitglieder. Die im Baugewerksbund organisierten Steinarbeiter sind ihrer Mehrheit in Kalk- und Marmorbrüchen beschäftigt. Im Jahresmittel hatten wir 848 Steinarbeiter als Mitglieder."

Um unseren Mitgliedern diesen „Erfolg" des Baugewerksbundes begreiflich zu machen, brauchen wir, soweit das Steinsetzgewerbe in Betracht kommt, nur einige Namen in Erinnerung zu bringen: Pitschke, Frankfurt a. M.; Spottke, Dresden; Gerhards, Barmen-Elberfeld. Die Bezirke Frankfurt a. M. und Dresden umfassen nach den Angaben des Baugewerksbundes allein 489 Steinsetzer und Rammer (Pflasterer), so daß für das ganze übrige Reichsgebiet noch 486 verbleiben, wenn wir obige Angaben als richtig gelten lassen. Die Mitgliederstatistik auf Seite 452 bringt nur 757 Steinsetzer und Rammer (Pflasterer) zusammen, dafür aber 784 mehr Steinarbeiter als auf Seite 209 angegeben sind. Es wäre müßig, sich wegen dieser Zahlen herumzustreiten. Uns genügt es, die Unsinnigkeit des baugewerksbundlichen Vorgehens durch die Gegenüberstellung folgender Ziffern darzutun:

Es hatten Ende 1927 Mitglieder:

	Baugewerksbund	Steinarbeiterverband
A. Steinarbeiter	843	51 052
B. Steinsetzer usw.	875	12 746
	1718	63 798

Am 1. Juli 1928 umfaßte der Steinarbeiterverband	55 577	Steinarbeiter
	14 490	Steinsetzer usw.
Insgesamt	70 067	Mitglieder

Woher der Baugewerksbund angesichts solcher Feststellungen das Recht und vor allem den Mut nimmt, Tarife für ihm nicht zustehende Arbeiterkategorien abzuschließen und den Steinarbeiterverband noch obendrein für die daraus sich ergebenden Differenzen verantwortlich zu machen, das wird wohl kein vernünftiger Gewerkschafter begreifen.

Für uns gibt es nur eine Losung:

Ueberleitung der im Baugewerksbund organisierten Steinarbeiter, Steinsetzer, Pflasterer, Rammer und Steinsetzhilfsarbeiter zum Steinarbeiterverband und Einstellung jeglicher Werbetätigkeit des Baugewerksbundes im Organisationsbereich des Steinarbeiterverbandes.

Was hat die Arbeiterschaft von der Papierflut der Anträge im Reichsparlament zu erwarten?

Nur wenige Wochen trennen uns von dem Wiederzusammentritt des neugewählten Reichsparlaments. Die Sozialpolitik hat in dem Wahlkampf eine nicht geringe Rolle gespielt. Deshalb wird der sozialpolitische Stoff eines der Hauptbetätigungsgebiete des Reichstages sein. Was die Arbeiterschaft als dringend notwendig bezeichnet, hat der verflossene Gewerkschaftskongreß sehr deutlich kundgetan. Man kann deshalb der parlamentarischen Epoche mit einer gewissen Spannung entgegensehen. Es ist deshalb notwendig, mit einer allgemeinen Uebersicht auf das weite Gebiet der Sozialpolitik im Reichstage einzugehen.

Nachdem die Wählermassen aufbegehrten und ihr Recht auf Schutz ihrer Interessen forderten, geht nach der Dürre der letzten Jahre ein fruchtbarer Regen sozialpolitischer Anträge auf den Reichstag hernieder, der die besten Aussichten auf eine ergiebige Ernte stellt. Die Zahl der dem Reichstag von den Parteien eingereichten Anträge beträgt in der kurzen Zeit seiner Sommertagung 350 (in Worten: dreihundertfünfzig). Sie beziehen sich nicht alle auf die Sozialpolitik. Wenn man aber die Sozialpolitik in den weitumfassenden Begriff kleidet, daß unter ihrer Bezeichnung alle Maßnahmen zu verstehen sind, die das gesamte Gebiet vom Koalitionsrecht über die Sozialversicherung und Rentnerversorgung bis zu den letzten Rechten und Pflichten des Arbeiters, Angestellten, Beamten und Unternehmers aus dem Arbeitsvertrage betreffen, dann nehmen die sozialpolitischen Anträge unter den 350 eine recht stattliche Zahl ein.

Vorerst hat sich der Reichstag vor der Papierflut der Anträge gerettet, indem er bis in den Herbst hinein in Ferien gegangen ist. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß seine sozialpolitischen Absichten solange ruhen. Im Gegenteil: es liegt im System eines parlamentarisch regierten Landes, daß die Regierung den Willen des Parlaments respektiert, die Absichten der Parteien auffängt und sie im Rahmen der staatspolitischen Verantwortung in Gesetzesform kleidet. Daß das tatsächlich geschieht, bewies die Regierungserklärung des Reichskanzlers, Hermann Müller, die er nicht als Sozialdemokrat, sondern im Auftrage und in Uebereinstimmung mit dem Kabinett abgab. Er nannte die Sozialpolitik der Nachkriegszeit eines der wichtigsten Probleme unserer inneren Politik. Die Ratifizierung des Washingtoner Uebereinkommens über den Achtstundentag, das Arbeitsschutzgesetz, das Bergarbeitsgesetz, der sozialpolitische Schutz der Jugendlichen, der Ausbau der Arbeitsaufsicht, die Seemannsordnung, das Tarifvertragsrecht, die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge, der Schutz der Saisonarbeiter, die Krisenunterstützung, die Erleichterung der Freizügigkeit der Arbeiterschaft, die Reichsversicherungsordnung unter besonderer Berücksichtigung der Ausdehnung der Unfallversicherung, die internationale Sozialversicherung, Verbesserung der Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, der Ausbau der öffentlichen Wohlfahrtspflege, die Kleinrentnerhilfe, Hebung der Wohnungsnot durch Beschleunigung des Wohnungsbaues wurden als Aufgaben genannt, die die Regierung sich unter sozialdemokratischer Führung gestellt hat. Daß es der Regierung mit der Durchführung dieser Aufgaben ernst ist, beweisen die Erklärungen des neuen Reichsarbeitsministers, die er auf einem Presseempfang in Berlin gab.

Natürlich helfen die besten Absichten der Regierung nichts, wenn ihr nicht ein gefügiger Reichstag zur Seite steht, der die Geldmittel zur Durchführung des Programms bewilligt. Daß aber einzelne Parteien dazu gewisse Absichten haben, beweist die große Anzahl der vorliegenden Anträge. Sie beziehen sich auf die gesamten Gebiete, die die Regierungserklärung bereits genannt hat.

Der weitestgehende und eindeutigste Antrag ist der der sozialdemokratischen Fraktion. Er lautet: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstage baldigst nachstehende Vorlagen zu unterbreiten:

a) Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes, einschließlich des Bergarbeitsschutzes;
b) Entwurf einer Seemannsordnung und einer Vorlage, durch die die seemännischen Arbeitnehmer in die Arbeitsgerichtsbarkeit mit einbezogen werden;
c) Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes;
d) Entwurf eines Hausgehilfengesetzes;
e) Entwurf eines Tarifvertraggesetzes;
f) Entwurf eines Arbeitsvertraggesetzes.

Sachlich denselben Antrag, aber weniger weitgehend, hat die Zentrumsfraktion eingebracht. Das Zentrum ist auffallenderweise in der Stellung von sozialpolitischen Einzelanträgen rührig wie nie zuvor. Und noch auffälliger ist, daß der Mann, der acht Jahre lang als Minister an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums gestanden hat, die sämtlichen Anträge mit seinem Namen (Dr. Brauns) deckt. Wir wollen dieses Vorgehen des verflossenen Reichsarbeitsministers natürlich nicht als Demagogie bezeichnen. O nein! Herr Brauns ist ein ehrenwerter Mann und will sicher weiter nichts, als versuchen, jene sozialpolitischen Maßnahmen unter Dach und Fach zu bringen, die zu verabschieden ihm in den Rechtskoalitionen nicht möglich war. Oder soll man etwas anderes dahinter suchen? Nein, wir wollen nicht boshaft sein! Daß aber die Abkehr vieler Arbeiterstimmen vom Zentrum bei der letzten Wahl erzieherisch auf diese Fraktion gewirkt hat, steht wohl einwandfrei fest. Feststeht aber auch, daß diese selbe Zentrumsfraktion mit ihrem starken industriellen und agrarischen Arbeitgebereinschlag jetzt Farbe bekennen muß.

Durch die Vorlage eines Gesetzentwurfs über den Reichswirtschaftsrat, die dem Reichstag bereits zugeleitet ist, wird das gesamte Problem des Artikels 165 der Reichsverfassung wieder aufgerollt, der den Arbeitern und Angestellten die gleichberechtigte Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte verspricht. Daß es bei der Schaffung des Reichswirtschaftsrats allein nicht sein Bewenden haben kann, ist wohl selbstverständlich. Die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer und der Widerspruch unserer nach Demokratie ringenden Zeit besteht ja vornehmlich darin, daß der Arbeitnehmer wohl gleichberechtigter Staatsbürger ist, ihm aber die Gleichberechtigung als Wirtschaftsbürger vorenthalten bleibt.

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß hat zu diesem Problem eine Fülle von Material hervorgebracht. Hoffentlich geht das Reichsparlament daran nicht ungenutzt vorüber.

Erwähnt soll schließlich noch werden, daß der neue Reichsarbeitsminister Wissel für Anfang Oktober die Vertreter der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu einer Beratung eingeladen hat, die das unhaltbar gewordene amtliche Schlichtungsverfahren in neue erträgliche Bahnen lenken soll. Es ist abzuwarten, was dabei herauskommt. Was die Arbeiter an dem Schlichtungswesen gebessert sehen wollen, ist in den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses festgelegt.

Die dem neuen Reichstag und der Reichsregierung vorgezeichneten sozialpolitischen Aufgaben sind im Ausmaß so riesenhaft, daß für ihre Durchführung alle verfügbaren Kräfte angespannt werden müssen. Voraussetzung ist aber, daß die Regierung auf lange Zeit im Amt bleibt und systematisch ihr Programm entwickeln kann. Man wünscht nicht wieder den Zustand herbei, daß die Vertreter der größten Partei des Reichstages sich außerhalb der Regierung stellen. Was dann in sozialpolitischer Hinsicht von dem neuen Reichstag zu erwarten ist, lehrt uns ein Rückblick auf die letzten Jahre, wo die Rechtsparteien allein das Ruder der Regierung in Händen hatten. Eine weitere Voraussetzung zur Durchführung des vorliegenden Programms ist aber auch, daß unsere Wirtschaft stabil bleibt und ihre Funktion durch merkliche Krisen nicht gestört wird.

Einen guten Rat möchten wir dem Reichstag und der Reichsregierung mit auf den Weg geben: Mögen sie bei allen sozialpolitischen Neuschöpfungen und bei allen Verbesserungen des bisherigen gesetzlichen Zustandes nicht vergessen, daß starke unaufhaltsame Strömungen im deutschen Volke vorhanden sind, die eine Vereinheitlichung der Staatsform und vor allem die Vereinheitlichung der Verwaltung wollen. Der Reichsinnenminister Severing hat in Hamburg sehr deutlich erklärt, daß er diese Riesenarbeit in Angriff zu nehmen gedenkt. Die Gewerkschaften werden ihn dabei mit allen Mitteln unterstützen. Die Sozialpolitik einschließlich des Arbeitsrechts geht von einheitlichem Streben aus und sollte innerhalb der Gesetzgebung und der Verwaltung als ein geschlossener Komplex behandelt werden. Deshalb wäre es gerade jetzt an der Zeit, mit dem Durcheinander der Verwaltung kurzen Prozeß zu machen und eine einheitliche Arbeitsverwaltung zu schaffen, die dem Juristen und dem Laien gleichwohl zustatten kommt. Der Staat kann dabei nur gewinnen. Hic Rhodus, hic Salta!

Die Gewerkschaften sehen der Herbst- und Winterarbeit des Reichsparlaments mit einer gewissen Spannung, doch ohne allzu große Hoffnungen entgegen. Wir kennen die Hemmnisse, die der Verwirklichung wichtiger Forderungen sozialpolitischer Art im Wege stehen. Ein ersprießliches Ergebnis ist nur zu erwarten, wenn den Arbeiterfreunden im Parlament durch starke Massenorganisation außerhalb des Parlaments der Rücken gestärkt wird.

Vom Wesen der Wirtschaftsdemokratie

Das Wesen aller Demokratie ist, die in einer Sache wirkenden menschlichen Kräfte ungehemmt zur vollen Entfaltung kommen zu lassen und sämtliche wirkenden Kräfte der Menschen an der Mitwirkung und der Fortentwicklung derselben Sache in gleichberechtigter Willensbildung zu beteiligen. Die Begriffe über Wesen und Sinn aller Demokratie sind zum großen Teil auch innerhalb der Gewerkschaften noch sehr problematisch. Vielfach denkt man bei Demokratie an Abstimmungs- und Majoritätsprinzipien. Das ist eine Auffassung, die nur an der Peripherie des Problems haftet und in das eigentliche Problem gar nicht eindringt. Majorität im Stimmverhältnis wirkt nur dort demokratisch, wo wirklich sozial ebenbürtige Kräfte mit gleichen Zielen und Interessen miteinander ringen. Innerhalb der Auseinandersetzungen in dem einzelnen Gewerkschaftsverband oder des Gewerkschaftsbundes wird Majorität mit Demokratie wohl identisch sein können. Aber beim Kampf um Geltung innerhalb der Wirtschaft, wo heute sich noch sozial ungleiche Gruppen (Kapital und Arbeit) gegenüberstehen und um gleiche soziale Ziele ringen, ist das Majoritätsprinzip identisch mit Vergewaltigung der sozial noch untenstehenden Gesellschaftsschicht und dem Schaffen neuer Ungleichheiten. Zum Wesen wirklicher Demokratie gehört aber: Ungleichheiten ausgleichen, und nicht: durch Majoritäten neue Ungleichheiten schaffen. Gibt schon in der Politik, wo der demokratische Gedanke viel weiter vorgetragen ist als in der Wirtschaft, bei der ungleichen sozialen Lage und den ungleichen sozialen Zielen der daran beteiligten Gesellschaftsschichten die Demokratie nach Majoritätsprinzip nur eine Verzerrung wirklicher Demokratie, so erst recht bei der Wirtschaft. Denn das Wesen der Wirtschaft ist ungleich komplizierter gelagert als das der Politik.

Es kann daher für die Wirtschaft nicht genügen, einen dem politischen Parlament nachgebildeten wirtschaftlichen Parlamentsapparat zu schaffen. Jedenfalls ist damit die Wirtschaftsdemokratie nicht gewährleistet. Ein Parlament ist sozusagen die letzte Krönung eines besonderen Systems und kann nur dort wirklich demokratisch wirken, wo der gesamte Aufbau auf denselben Prinzipien beruht. Ein Wirtschaftsparlament (wie der Reichswirtschaftsrat) ist bei den heutigen Machtverhältnissen der sich gegenüberstehenden wirkenden Wirtschaftskräfte (Kapital und Arbeit) zu problematischem Wirken verurteilt. In den Unterbauten sind die wirkenden Kräfte noch zu ungleich, um eine parlamentarische Exekutive ertragen zu können. Es sind drei wirtschaftsdemokratische Unterbauten, die ein oberstes Wirtschaftsparlament, wenn dieses wirklich zufriedenstellend wirken soll, stützen müssen. 1. Demokratie in der Arbeitsverfassung, 2. Demokratie im Produktionsprozeß, 3. Demokratie in der Wirtschaftsführung. Wie bei diesen drei Unterbauten der demokratische Geist vorgetrieben und durchgeführt werden kann, in demselben Maße wird das Wirtschaftsparlament wirken können. Man erwarte daher von einem Wirtschaftsparlament nicht Resultate und Leistungen, die nach Lage der Kräfteverhältnisse gar nicht gezeigt werden können. In allen politischen und wirtschaftlichen Systemen liegt die Kraft nicht im Oberbau, sondern in den Unter- und Zwischenbauten bzw. den Menschen und Kräften, die diesen Stellen das Gepräge geben. Jeder parlamentarische Oberbau ist stets erst das Resultat der Arbeit in den jeweiligen Unter- und Zwischenbauten. In den oben bezeichneten Unterbauten ist, mit Ausnahme der Arbeitsverfassung, der demokratische Gedanke erst in den ersten Anfängen der Entwicklung. Viele Hemmungen sind zu überwinden und wohl eine Reihe Entwicklungsstufen noch zu durchlaufen. Daß in der Arbeitsverfassung der demokratische Gedanke am weitesten vorgetrieben ist, liegt an dem jetzt 30jährigen Kampf um den kollektiven Arbeitsvertrag. Im Laufe dieses 30jährigen Kampfes ist es nunmehr zur Selbstverständlichkeit geworden, daß in der Arbeitsverfassung auch die Kategorie Arbeit gleichberechtigt mitbestimmt. Aber damit ist der demokratische Gedanke erst in einem Teilgebiet der Gesamtwirtschaft und nicht einmal dem wichtigsten, zur Anerkennung gebracht. In den anderen wichtigen Teilgebieten der Wirtschaft, dem Produktionsprozeß und der Wirtschaftsführung, können noch keine Erfolge für die Gewerkschaften vorliegen, da auf diesen Gebieten jede Tradition und jede geistige Vorbereitung fehlt. Die Ansprüche auf Gleichberechtigung und Anerkennung in diesen Wirtschaftskategorien sind ja erst jüngst in bewegter Zeit gestellt, wenn auch die letztdurchlebte bewegte Zeit nur die äußerliche, nicht die eigentliche Ursache dieser Ansprüche war.

Die Wirtschaftsdemokratie bekommt ihren besonderen Wesenscharakter dadurch, daß hier nicht, wie in der Politik, sich die Menschen durch ein Parlament ein Repräsentativsystem schaffen, sondern daß der Mensch, wenigstens der arbeitende Mensch, überhaupt erst zur Geltung und Anerkennung gebracht werden soll. Denn in der Wirtschaft wird, ihrer kapitalistischen Orientierung wegen, immer erst in sehr bescheidenem Maße vom Menschen ausgegangen. Es gilt immer noch die Sach- und Güterordnung, und so rangiert in einer solchen Ordnung nicht der Mensch, sondern die „Ware" menschliche Arbeitskraft. Daher liegt in der Wirtschaftsdemokratie auch nicht, wie in der Politik, der Schwerpunkt in einem obersten Repräsentativsystem von formal gleichberechtigten Klassen, Schichten und Gruppen, sondern in der Anerkennung des arbeitenden Menschen in den Unterbauten der Wirtschaft, der Arbeitsverfassung, im Produktionsprozeß und der Wirtschaftsführung und damit in der Ebenbürtigkeit der Arbeit gegenüber der Kategorie Kapital. So ist das Wesen der Wirtschaftsdemokratie grundsätzlich anders als in der Politik, und alle weiteren Erfolge sind abhängig nicht von der Güte eines obersten Repräsentativsystems, sondern von der demokratischen Durchdringung von Arbeitsverfassung, Produktionsprozeß und Wirtschaftsführung. Auf diesen Gebieten wird auch der weitere Kampf um Wirtschaftsdemokratie und mitbestimmende Willensbildung der Arbeit zu führen sein müssen. Zum mindesten erwarte man von einem obersten wirtschaftlichen Repräsentativsystem keine großen durchgreifenden wirtschaftsdemokratischen Leistungen. Der Kampf in den eigentlichen Gebilden der Wirtschaft kann damit weder aufgehoben noch durchgeführt werden. Gefährlich aber wäre, wenn die Arbeitermassen in den Glauben versetzt würden, daß mit einem obersten wirtschaftlichen Repräsentativsystem die volle Wirtschaftsdemokratie durchgeführt werden könnte. Das müßte zu unendlichen Enttäuschungen führen, und der demokratische Gedanke würde großen Schaden erleiden.

Karl Zwing.

*

Entschließung des Hamburger Gewerkschaftskongresses über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie:

„Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wohl der Arbeiterklasse neben dem unverändert im Vordergrunde der gewerkschaftlichen Aufgaben stehenden Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entscheidend abhängig ist von der Umwandlung des Wirtschaftssystems, erhebt der 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands von neuem die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften erblicken, wie es der Nürnberger Kongreß im Jahre 1919 schon erklärt hat, im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation. Die Demokratisierung der Wirtschaft führt zum Sozialismus. Diesen Weg deutlich zu zeigen und die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung auf diesem Wege zu führen, ist eine Aufgabe, die in erster Linie den Gewerkschaften zufällt. Nicht als fernes Zukunftsziel, sondern als täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß stellt sich die Umwandlung des Wirtschaftssystems dar. In diesem Entwicklungsprozeß sind der organisierten Arbeiterschaft vielfältige Einzelaufgaben erwachsen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturwandlung des Kapitalismus. Deutlich führt die Entwicklung vom kapitalistischen Einzelbetrieb zum organisierten Monopolkapitalismus. Damit wurden auch die Gegenkräfte der organisierten Arbeiterschaft und der politisch-demokratisch organisierten Gesellschaft geweckt. Der Gegenstoß gegen die wirtschaftliche Autokratie des Unternehmertums ist bisher schon nicht erfolglos geblieben. Lebenswichtige Zweige der Wirtschaft werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht mehr allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schlimmste Unfreiheit bedeutete. Sie werden gestaltet unter dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und mitgeformt von Gesetzen, die der demokratisierte Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch eine Wandlung des Eigentumsrechts ist in ihren Anfängen sichtbar.

Diese Anfänge der Neuordnung erleichtern es der Arbeiterklasse, die Demokratisierung der Wirtschaft weiterhin in schnellerem Tempo zu fördern. Auf zwei Wegen ist die Kraft der Gewerkschaften hierfür einzusetzen. Auf der einen Seite stehen die Forderungen an die Gesetzgebung und die öffentliche Verwaltung. Sie werden sich in dem Maße durchsetzen, als die Gewerkschaften und die politische Macht der Arbeiterschaft im demokratischen Staat sich Geltung und Einfluß erringen. Auf der anderen Seite stehen die Aufgaben des Aufbaus neuer demokratischer Wirtschaftsformen, die unmittelbar von der organisierten Arbeiterschaft selbst, ohne den Umweg über den Staat, zu erfüllen sind.

Zu diesen Aufgaben und Forderungen gehören die Ausgestaltung des kollektiven Arbeitsrechts, des sozialen Arbeitsschutzrechts, der Ausbau und die Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die Erweiterung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer im Betrieb, die paritätische Vertretung der Arbeiterschaft in allen wirtschaftspolitischen Körperschaften, die Kontrolle der Monopole und Kartelle unter voller Mitwirkung der Gewerkschaften, die Zusammenfassung von Industrien zu Selbstverwaltungskörpern, die Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Hand, die Produktionsförderung in der Landwirtschaft durch genossenschaftliche Zusammenfassung und Fachschulung, die Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, die Förderung der Konsumgenossenschaften, die Durchbrechung des Bildungsmonopols.

Die Durchführung dieser Aufgaben wird nicht nur die geistigen und materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse verbessern, sie wird gleichzeitig durch die Befreiung der Wirtschaft vom privaten Profitstreben die Lebensbedingungen der Gesamtheit auf eine höhere Stufe heben.

Dieser Kampf für eine neue Wirtschaftsordnung wird um so erfolgreicher geführt werden können, je geschlossener die Arbeiterklasse zusammenhält, je einiger sie sich für die Erringung ihrer Ziele einsetzt. Den Rahmen für diesen Befreiungskampf bilden die Verbände, unter deren Banner die Arbeiterschaft schon bisher von Erfolg zu Erfolg geschritten ist, bilden die von der Arbeiterschaft für die Arbeiterschaft geschaffenen Gewerkschaften."

Gesperrt.

3. Gau: In **Sohland** (Spree) Betrieb des Dipl.-Ing. Erich Graf wegen Nichtzahlung des Lohnes.

5. Gau: In **Detmold** die Grabsteinfirma Hugo Meier und die Westdeutsche Baustoffzentrale Grotenburger Sandsteinbrüche. Inhaberin: Dora Meier, früher Karl Meier in **Hiddesen** bei Detmold. — In Witten a. Ruhr, Firma Clemens Schweden, Marmor- und Granitwerk.

6. Gau: **Odenwaldbezirk** (Werkstein- und Pflastersteingruppe). Der Verband der Granit-Industriellen hat seine Anträge auf Abänderung einzelner Tarifpositionen noch nicht fallen lassen, trotzdem sie teilweise mit den Bestimmungen des Bezirkstarifs in Widerspruch stehen; 170 Kollegen wurde das Arbeitsverhältnis bereits mit der Begründung „Arbeitsmangel" gekündigt. Zuzug hat zu unterbleiben!

*

Achtung Kollegen! Es mehren sich wieder die Zahlstellen, die verlangen, wiederholt bekanntgemacht zu werden, damit an ihrem Orte jeder Zureisende, bevor er sich um Arbeit bemüht, Erkundigungen über die örtlichen Zustände beim Zahlstellenvorstand einholt.

Diese Orte können nicht alle namentlich aufgeführt werden, denn es besteht nach wie vor für jedes Verbandsmitglied eine solche Erkundungspflicht **für jeden Ort und jede Branche.** Wer diese Pflicht unbeachtet läßt, kann aus dem Verbande ausgeschlossen werden, wenn durch die Nichtbeachtung die Arbeiterinteressen der örtlichen Verbandsmitglieder geschädigt werden.

Darum Kollegen, übt gegenseitig Solidarität im Hinblick auf die Existenzmöglichkeit der einheimischen und zugereisten Arbeitskräfte an jedem Ort.

Demitz (Sa.). Schlimme Folgen des Alkoholgenusses.) Am 12. September (Lohntag) gerieten einige Steinarbeiter in vorgerückter Stunde in einem hiesigen Lokal in Wortwechsel. Einige Zeit darauf verließ der an diesem Wortwechsel unbeteiligte Steinarbeiter Max Krebs aus Schönbrunn das Lokal. Vor der Haustür kam der als jähzornig bekannte Steinarbeiter Bruno Braun hinzu und versetzte dem Krebs eine solche Ohrfeige, daß dieser sofort stürzte. An den Folgen dieses Sturzes ist Krebs am 14. September im Krankenhaus gestorben. Braun und Krebs waren angeheitert. Hier sieht man deutlich, was der Alkohol anrichten kann. Einer ist tot, der andere sieht seiner Bestrafung entgegen. Bei beiden langte es schon jahrelang zum Verbandsbeitrag nicht mehr zu. Leider ist dies nicht eine einzige Ausnahme unter den hiesigen Steinarbeitern. Zu Bier und Schnaps langt's bei einer ziemlichen Zahl von Arbeitern, nur nicht zu Verbandsbeiträgen.

Aber auch einigen organisierten Kollegen muß gesagt werden, daß sie stets versuchen, statutenwidrig die Beiträge so niedrig wie möglich zu halten, doch zum Alkohol ist Geld übrig.

Kollegen, werft dieses schreckliche Uebel ab, arbeitet dafür, daß eine geschlossene, nüchterne Arbeiterschaft ihren Kampf führt zur Erringung menschenwürdiger Verhältnisse. Dann wir ddas Unternehmertum vor euch Achtung bekommen und auch dementsprechend behandeln.

Arbeitslose und Kurzarbeiter im Verband. Juli und August 1928. Im Juli wurden von 220 Zahlstellen Zählkarten mit 39 919 Mitgliedern eingesandt, davon waren 1657 arbeitslos und 1621 Kurzarbeiter.

Im August 652 Zählkarten mit 66 542 Mitgliedern, davon waren 4423 arbeitslos = 6,6 Prozent und 3020 Kurzarbeiter.

Im Juli wurden 25 und im August 147 Zählkarten verspätet eingesandt, die für die amtliche Zählung nicht mehr verwertet werden konnten.

Die Zählkarten sind pünktlich bis zum 8. des laufenden Monats an den Verbandsvorstand einzusenden.

Im August haben sich trotz dreimaliger Aufforderung 49 Zahlstellen mit 3525 Mitgliedern an der Zählung nicht beteiligt!

Wird die Krisenunterstützung für das Mayener Steingebiet zugelassen? Die anhaltende allgemein bekannte große Notlage der Steinarbeiter des Arbeitsamtsbezirks Mayen hat dem Zentralverband der Steinarbeiter Bezirksleitung Mayen, wiederholt Veranlassung gegeben, die zuständigen Stellen zur Behebung dieser Notlage anzugehen. Unterm 31. August hat der Bezirksleiter des Verbandes unter genauer Schilderung der trostlosen Zustände an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Rheinland in Köln folgenden Antrag gerichtet:

„Der Herr Präsident des Landesarbeitsamtes Rheinland möge die Krisenunterstützung gemäß des Erlasses des Reichsarbeitsministers von 13. August 1928, Abs. I, Nr. 2c (in Kraft getreten am 20. August 1928) für die Gemeinden des Gebiets der Basaltlava- und Tuffsteinindustrie des Arbeitsamtsbezirks Mayen zulassen."

Der Präsident des Landesarbeitsamtes hat diesen Antrag dem Reichsarbeitsminister Wissel vorgelegt. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr auf Grund dieses Antrages dem Reichstagsabgeordneten Genossen Emil Kirschmann, dem die Verhältnisse genau bekannt sind und der sich persönlich in dieser Angelegenheit bemüht hat, durch Schreiben vom 6. September mitgeteilt, daß gemäß des Erlasses vom 13. August die Möglichkeit für das Landesarbeitsamt gegeben sei, die Arbeitslosen dieser Industrie in die Krisenfürsorge einzubeziehen. Des weiteren teilt der Reichsarbeitsminister in diesem Schreiben mit, daß er dieserhalb auch mit dem Präsidenten der Reichsanstalt in Verbindung getreten sei.

Bei Einreichung des Antrages hatte die Bürgermeisterei Mayen-Stadt 96, Mayen-Land 35, Niedermendig 38, Kempenich 80 und Andernach-Land 10 ausgesteuerte Steinarbeiter. Von Woche zu Woche werden Arbeitslose ausgesteuert. Ein Teil der Ausgesteuerten wird auch nicht nach der Fürsorgepflichtverordnung unterstützt, weil die Gemeinden hierzu keine Mittel haben. Alle diese Arbeiter, die zum großen Teil Familienväter sind, stehen vor dem Nichts, da sie Arbeit, auch berufsfremde, nicht finden können.

Es ist zu hoffen, daß nunmehr das Landesarbeitsamt in aller Kürze sich für die Zulassung der Steinarbeiter des Bezirks Mayen zur Krisenfürsorge entscheidet, da u. E. ein Grund zur Ablehnung des Antrages wirklich nicht mehr gegeben ist. Unsere Bemühungen in dieser Angelegenheit werden selbstverständlich fortgesetzt.

Steinarbeiter

Gommern. Am 9. September fand hier aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der Zahlstelle ein Gewerkschaftsfest, verbunden mit Fahnenweihe, statt. Freigewerkschaftlich organisierte Kollegen und Kolleginnen aller Berufe am Orte und aus der Umgebung nahmen an dieser Veranstaltung teil. Vom Hauptvorstand war Kollege Hugo Walther erschienen. — Bezirksleiter Kollege Pratzapp hielt die Begrüßungsansprache und wies in kurzen Worten auf die Bedeutung dieser Feier hin. Im besonderen gedachte er der 28 Kollegen, die auf eine 25- bis 30jährige Organisationszugehörigkeit zurückblicken dürfen und außer drei erkrankten Jubilaren an der heutigen Feier als Ehrengäste teilnehmen. Trotz aller Anfeindungen und schwerer wirtschaftlicher Kämpfe haben sich diese Kollegen als treue Anhänger der Organisation erwiesen und soll ihnen deshalb am heutigen Tage noch eine besondere Ehrung zuteil werden. Mit dem Wunsche: Möge unsere heutige Feier einen friedlichen Verlauf nehmen und möge sie auch dazu beitragen, alle der Organisation noch Fernstehenden dem Bereich der Organisation zuzuführen; denn nur Geschlossenheit der Arbeiterschaft durch die Organisation führt zum Sieg! Einigkeit macht stark! schloß die

Aus dem Wetterwinkel

In jedem Beruf gibt es Berufsangehörige, deren außerberufliches Leben und Treiben wirklich wert ist, festgehalten und besprochen zu werden. Uns allen ist bekannt, daß durch irgendwelche Vorgänge und Vorfälle der eine oder andere unserer Kollegen in den Vordergrund geschoben wurde und noch wird, dann darin tätig ist und nun mit wohlwollenden oder auch mit recht kritischen Augen und Worten in all seinem Tun und Lassen von der Umwelt gemustert, kritisiert und glossiert wird. Und weil er auch als Vorgeschobener ein Mitglied unserer größeren Steinklopferfamilie bleibt, haben die übrigen Familienmitglieder ein gewisses Interesse an dem richtigen und unrichtigen Tun und Lassen solcher Kollegen.

Im November dieses Jahres werden es wohl 10 Jahre her sein, wo in verschiedenen Steinklopferorten Kollegen von uns entweder Gemeindevorsteher oder 1. oder 2. Bürgermeister oder sonst so etwas Tonangebendes an ihrem Wohnort wurden. Mancher wurde sogar dazu gezwungen durch die Umwelt und ging etwas zaghaft an die Sache heran, fühlte sich also unsicher, doch ein Pflichtgefühl sagte ihm: „Du mußt". Es gibt und gab aber auch einzelne, die sich wirklich berufen fühlten für so ein Amt, und irgendeine Schwächeanwandlung wegen der Ausübung war ihnen fremd. Aber merkwürdigerweise geht die Erfahrung dahin, daß die ersteren sich fast durchweg am besten gemacht haben. Doch mag dem nun sein wie es will, jedenfalls sind heute noch eine stattliche Zahl von Steinklopfern und Padhöckern (Steinsetzer) in ihrer Gemeinde oder sonstwo in Amt und Würden, und es wäre keine undankbare Aufgabe, deren Zahl einmal festzustellen, weiß nur nicht recht, wer zu dieser Feststellung befugt wäre. Vielleicht findet sich aber doch noch einmal eine Stelle, die sich diese Befugnis einfach aneignet. Dann geht es schon!

Im Zusammenhang mit dem vorstehenden können nun einige treffende Sprichwörter angeführt werden, von denen das boshafteste wohl ist: „Wem Gott gab ein Amt, dem gibt er auch Verstand." Dieser Satz paßte vorzüglich auf die Zustände der Vorkriegszeit, denn wer damals ein behördliches Amt von Bedeutung oder auch von Nichtbedeutung bekleidete, war einfach unfehlbar. Heute gibt es das natürlich auch noch; wir brauchen nur beispielsweise an die Wohnungsämter zu denken. Ein anderes Sprichwort sagt: „Der Verstand wächst mit dem Amt." Daran ist viel Wahres und wird von keinem, der ein Amt inne hat, ernstlich abgeleugnet werden können. Im weiteren nun, ich meine, wenn der Verstand dann eingetroffen ist, kann man in Goethes Faust I. Teil folgendes lesen: „Es trägt Verstand und rechter Sinn mit wenig Kunst sich selber vor." — So ist zweifellos die Entwicklung in der Bekleidung eines Amtes und von manchem unserer Berufskollegen, der in seiner Gemeinde ein verantwortungsvolles Amt übernahm, sich gut eingefühlt und entwickelt hat, wird nun tatsächlich gesagt: „Der hat sich aber gemacht!" Darüber können wir uns gewiß alle freuen, erst recht, wenn der Betreffende auch sonst mit beiden Füßen auf der Erde bleibt und seinen Werdegang und seine frühere Umwelt nicht vergißt. Es' gibt in der Tat nichts Schlimmeres, wie so ein Beamtenfimmel, den ich übrigens seit Jahren beobachten kann an einem früheren Steinklopfer, der durch besondere Umstände — Gerichtsvollzieher geworden ist. Mit diesem ist einfach nicht mehr umzugehen, weil er diesen Fimmel zu sehr herausstreckt. Nun hat er gar noch kürzlich eine Dienstmütze bekommen, die ihn ganz verdreht macht. Ebenso benimmt sich seine Gattin; denn solche Beamte haben im Sprachgebrauch nur „Gattinnen", während die anderen Sterblichen nur Frauen haben. Der menschliche Charakter ist bekanntlich ein Eigending, ist oft so wandelbar wie Mondwechsel und Witterung und vergißt, daß es eine Lächerlichkeit gibt, die niemals wieder ausgeglichen werden kann. Doch von solchen kleinen Gernegrößen wollte ich nichts erzählen, denn sie sind nicht wert, daß die Umwelt von ihnen besonders Notiz nimmt.

Nun gibt es unter denen, die vor Jahren durch die Verhältnisse in den Vordergrund geschoben wurden und das ihnen angetragene Amt einfach annehmen mußten, solche, die infolge ihrer wirtschaftlichen Bedrängnis und persönlichen Armut mit dem Amte nicht fertig werden konnten, nicht weil sie etwa ungeschickt oder dumm und unbegabt gewesen wären, nein, weil sie nebenbei ihrer harten Berufsarbeit nachgehen mußten, denn die kleine Vergütung für ihre Amtspflichten zum Beispiel als Gemeindevorstand, war im Vergleich zur Leistung der Arbeit tatsächlich bettelhaft. Deshalb war es bis dahin auch nur „schweren" Bauern oder sonst mit Geld und Gut gesegneten Personen möglich gewesen, in kleinen Gemeinden das Amt eines Gemeindevorstehers anzunehmen. Der Titel reizte ebenso, wie das Ansehen des Amtes; die geldliche Vergütung dafür war solchen Sterblichen Nebensache.

So war's auch seit Urgroßvaters Zeiten in einer kleinen, mir bekannten Gemeinde gewesen, ihr Name tut hier nichts zur Sache. Sie liegt in Deutschland nördlich, gar nicht weit von der Kante, die dauernd von des Meeres Flut angenagt wird, deshalb Wasserkante genannt wird und deren Bewohner gern Grog trinken und diesen je lieber trinken, desto nördlicher und steifer er angerührt wurde. Auch in diese Gemeinde kam vor ca. 10 Jahren eine frische Brise und fegte die alte eingesessene Gemeindeverwaltung hinweg. Das ging ohne jedes Sträuben glatt und sicher vor sich. Neuer Vorstand wurde ein Padhöcker mit dem plattdeutschen Rufnamen „Jan". Jahrelang hatte dieser Johann, dort heißt es Jan, bereits im Gemeindeparlament gewirkt, seine Reden hatten meistens Hand und Fuß und die übrigen vielen Padhöcker der Gemeinde sagten einfach: „Jan, du mußt annehmen! Du kannst das machen!" Alle Einwendungen von ihm wurden von den andern beiseite geschoben. Auch der Hinweis von Jan, daß er nur einen Sonntagsanzug besitze, der sich nicht einmal für die Amtshandlungen, wie Standesamt usw. eigne, zog nicht. Immer wieder hieß es: „Jan du mußt annehmen!" Und Jan nahm dann auch an.

Zuerst ging alles wie am Schnürchen, dann kam aber, wie das so ist bei der Berufsarbeit in der naheliegenden Großstadt, der Durst zur Geltung und der Durst verlangte einfach Beachtung. Wind und Wetter und die heiße Sonne, in Verbindung mit dem Staub und Dreck der Straße, hatten den Durst wieder erweckt und Jan empfand auch hier: „Du mußt!" Hinzu kam noch der weite Weg in die ihm anvertraute heimatliche Gemeinde, und wenn Jan an solchen, vom Durst geplagten Tagen einbugsierte, verlangte er natürlich auch von jedem, als Gemeindevorstand respektiert zu werden. Dabei kamen ganz drollige Sachen vor. Ohne daß man sagen konnte, Jan habe Größenwahn. Es war nicht selten, daß er dann noch an solchen Tagen durch die wenigen Dorfstraßen ging, um zu kontrollieren, ob im Gemeindewesen keine Unordnung eingerissen war. Natürlich hatte er sich jedesmal vorher äußerlich renoviert, seinen einzigen Sonntagsanzug angezogen, und man sah ihn nun, die Mütze auf einem Ohr, die Linke auf dem Rücken, während die Rechte einen Glimmstengel hielt, bedächtig durch den Ort schreiten. Wenn etwa zu dieser Zeit noch Kinder auf der Straße spielten, dann verschwanden diese schleunigst von selbst oder standen gar scheu mit dem Finger an der Nase, bis Jan vorüber war. Dabei war er durchaus kein Grobian oder Bärbeißiger, nur wollte er respektiert sein auch von der Jugend. Ganz famos nahm es sich aus bei diesen Kontrollgängen, wenn Jan, der Gemeindevorstand, einen Gruß erwiderte, dann rückte er die Mütze aufs rechte Ohr und schob sie schnell wieder aufs linke. Das ging immer parallel mit dem „Priem" im Munde vor sich, der ebenfalls „rüber und nüber" geschoben wurde. Seine stehende, plattdeutsche Redensart war in solchen Fällen, in denen er sich Geltung verschaffte bei Personen oder wenn er sonst irgendeine Unordnung vorfand: „Was, ihr kennt mich nicht? — Ich bin Jan, der Gemeindevorstand!" Im Ort gibt es einen verbotenen Weg, warum dessen Benutzung eigentlich verboten war, habe ich nicht feststellen können, aber das Schild war da: „Verbotener Weg! — Der Gemeindevorstand." Doch begangen wurde der Weg trotzdem, auch von Jan, aber da war er noch nicht Gemeindevorsteher. Jetzt dagegen machte es ihn an manchen Tagen anscheinend recht ungeduldig oder nervös, wenn die Bezeichnung „Verbotener Weg" nicht beachtet wurde; dann konnte er wirklich Amtstöne auf seinen Kontrollgängen finden und Kinder mußten auf alle Fälle wieder zurück und die richtige Straße benutzen. Seine Amtshandlung klang aber stets aus: „Ich bin Jan, der Gemeindevorstand!" Trotz dieser stehenden Redensart war er, wie etwa angenommen werden könnte, durchaus keine ulkige Figur. Wenn er über den Durst getrunken hatte, wurde er stets amtlicher und steckte dabei den Orts- und Polizeigewaltigen heraus. Jan hatte vor allem große Abneigung gegen die Bauern, und wo er konnte, ließ er sie dies auch fühlen, sogar in seinen Amtshandlungen. Jan war auch zugleich der Vollziehende im Standesamt, und er hat während seiner Gemeindevorsteher-Amtszeit manches Paar auf Lebenszeit und wohl darüber hinaus, kraft des Gesetzes, verbunden Da war nun eines Tages zur vorgeschriebenen Zeit auch ein Bauer erschienen mit seiner Braut, um durch Jan, den „Standesbeamten", den Ehebund schließen zu lassen. Aber wer neben dem Bräutigam und Zeugen nicht erschien, war — Jan, der saß im Wirtshaus und probierte den Grog. Auf die Bitten seiner Frau, die ihn aufsuchte,

Begrüßungsansprache. — Nach einem Gesangsvortrag des Gommernschen Arbeitergesangvereins hielt Kollege Walther vom Hauptvorstand die Festansprache. In seinen Ausführungen entwickelte er die Geschichte über die Entstehung der Zahlstelle Gommern unter dem damaligen Maurerverband im Jahre 1898, gedachte der schweren wirtschaftlichen Kämpfe in den Jahren 1899 bei sechswöchiger Dauer, im Jahre 1901 bei 26wöchiger Dauer und im Jahre 1911 bei 9wöchiger Dauer. Im Kampfjahr 1901 seien unter dem damaligen Regime wegen Landfriedensbruches verurteilt: 15 Kollegen zu Gefängnisstrafen von 2 bis 9 Monaten, und vierzehn Frauen wegen desselben Vergehens zu Gefängnisstrafen von 2 bis 4 Monaten. Wir können aber heute mit Befriedigung sagen, die all diese strafrechtlichen Verfolgungen nicht vermocht haben, die Organisation lahmzulegen. Ueber 4 Millionen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen verschiedener Berufe sind heute im ADGB vereinigt, und diese Entwicklung geht auch fürderhin unaufhaltsam weiter. Anschließend an die Festansprache weihte Kollege Walther die Fahne der Zahlstelle mit den Worten: „Möge diese Fahne unser Führer sein und bleiben!" Es folgte ein dreimaliges Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Vom Ortsausschuß des ADGB Gommern wurde durch Fräulein Nuske eine Fahnenschleife überreicht. Der Arbeitergesangverein beschloß diesen feierlichen Akt mit einem Kampflied.

Nach 15 Uhr rüstete man sich zum Umzug. Für die mit Rosen geschmückten Jubilare wurden hierzu mit Grün geschmückte Wagen bereitgehalten. Unter den Bannern und Fahnen der Vereine und Verbände befand sich auch eine Fahne vom Baugewerksbund Magdeburg. Magdeburger freigewerkschaftlich organisierte Musiker leisteten in Marschmusik und Konzert Hervorragendes. Nach dem Umzug auf dem Festplatz angelangt, fand für die Verbandsjubilare — 28 an der Zahl — eine besondere Ehrung durch Verabreichung von Geldgeschenken statt. Der Gesangverein der Arbeiterschaft Klein-Ottersleben (gemischter Chor), der dem Arbeitergesangverein Gommern anläßlich unserer Feier am Nachmittag einen Besuch abgestattet hatte, trug gleichfalls zur Verschönerung der Feier durch wohlgelungene Gesangsvorträge bei. Die Feier sowie der anschließende Festball nahmen einen Verlauf, der den Teilnehmern in Erinnerung bleibt.

Aus dem Westerwald. In Erbach tagte am 2. September eine Konferenz des Westerwaldbezirks. Von 33 zum Bezirk gehörenden Filialen hatten 25 Vertreter entsandt. Es fehlten die Bezirksfilialen: Erdbach, Allendorf (Ulm), Lochum, Heckholzhausen (Kerkerbach), Rapbach und Kotzenroth. Von den selbständigen Zahlstellen fehlten Schupbach und Schönbach. Die Versammlung wählte den Kollegen Lotz, Geilnau, zum Versammlungsleiter und den Kollegen Drees zum Schriftleiter. Der Vorsitzende wies in einleitenden Worten daraufhin, daß die Konferenz im Zeichen der Arbeit tagen solle. Die Tagesordnung war: 1. Geschäftsbericht nebst Abrechnung der Bezirkszahlstelle vom 1. und 2. Quartal 1928. 2. Vortrag über die wirtschaftliche Lage in der Steinindustrie. 3. Erwerbslosenversicherungsgesetz. 4. Verschiedenes. — Kollege Bezirksleiter Wolf gab den Geschäftsbericht und beschwerte sich, daß die Abrechnungen immer zu spät einlaufen, so daß die Bezirkszahlstelle auch mit Leipzig nicht rechtzeitig abrechnen könne. Deshalb auch die Veröffentlichung im „Steinarbeiter" unter den Säumigen. Demgegenüber wären Kollegen da, bemerkte Wolf, wenn sie von der Bezirksfiliale nicht sofort ihre Marken zugesandt bekämen, sofort nach Leipzig berichten. Daß die Regelung dieser inneren Angelegenheiten des Bezirks den Delegierten recht angelegen ist, bewies die Aussprache, in der die Kollegen Lotz, Drees, Jung, Müller, Knoth, Weber, Menges, Hühn und Helzber das Wort ergriffen. Die Beiträge und das Bezirksauto spielten in diesem Punkt der Tagesordnung eine nicht minder wichtige Rolle; scharf wurde kritisiert, daß die Beiträge in den Filialen eine verschiedene Höhe aufweisen, trotzdem ein einheitlicher Bezirkslohntarif besteht und nach den Statuten ein voller Stundenlohn als Wochenbeitrag abzuführen ist. Die überaus großen Reparaturkosten des Verkehrswagens wurden bemängelt, sie haben in einem Jahr zweimal den ganzen Anschaffungspreis verschlungen. Einstimmig wurde die Ansicht vertreten, daß der Wagen unentbehrlich ist, aber in den Reparaturausgaben müsse wirtschaftlicher gearbeitet werden. Dann referierte Kollege Wolf über „Die wirtschaftliche Lage in der Steinindustrie im allgemeinen und über die schlechte wirtschaftliche Lage im Bezirk." Trotzdem die Straßen in Deutschland in einer schlechten Verfassung sind, wird wenig daran gebaut. England und Italien haben ihrem Straßenbau weit mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Holland hat am meisten an seinem Straßennetz gearbeitet. Dieses Land, das früher fast das ganze Material zu ihrer Straßenbefestigung aus Deutschland bezog, wurde in letzter Zeit von amerikanischen Ingenieuren geradezu überschwemmt, die in Vorträgen das in Amerika verwendete Kunstdeckenmaterial über alles priesen. Die Folge war, daß Holland auch zu den Kunststraßendecken überging. In neuerer Zeit ist Holland wieder zu den Dauerstraßendecken zurückgekehrt, bezieht aber jetzt schwedischen Granit. Auch in Deutschland hat man Lehrgeld genug bezahlt und ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Ausbau der Dauerstraßen mit Naturstein nicht zu umgehen ist. Hunderte von Kilometern an unserem Straßennetz könnten mehr ausgebaut werden. Der Bedarf ist da. Der Minimallohn des Steinarbeiters muß auf eine Höhe kommen, der seinen Aufstieg zur höheren Kultur ermöglicht. Im Punkt 3, „Erwerbslosenversicherung", fielen scharfe Worte gegen die Erwerbslosenversicherung, denn von der Krisenfürsorge hat man die Steinarbeiter als Saisonarbeiter ohne Saisonlohn unberechtigterweise ausgeschlossen. Die Konferenz beschloß, folgende Entschließung an die Adresse der Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung und des Landesarbeitsamts Frankfurt a. M. gelangen zu lassen: Die heute in Erbach für den Bezirk Westerwald tagende Konferenz des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands erhebt schärfsten Protest dagegen, daß die Reichsanstalt für Erwerbslosenversicherung es nicht für nötig befunden hat, die Steinarbeiter in die Krisenfürsorge zu überführen. Die Ueberführung ist nur zu berechtigt, denn die Steinindustrie, die gerade jetzt und bereits seit Monaten zu großen Entlassungen vorgegangen ist, beschäftigt in normalen Zeiten die Arbeiter ununterbrochen.

Die Konferenz fordert deshalb nochmals, die Steinarbeiter in die Krisenfürsorge aufzunehmen und erwartet von unseren Freunden in dem Reichsparlament, daß unsere berechtigten Forderungen mit Kräften unterstützt werden.

Steinsetzer und Pflasterer

Koblenz. Am 16. September fand hier eine Versammlung der Steinsetzer und Berufsgenossen statt, zu der Gauleiter Gante erschienen war. Kollege Peltzer eröffnete die Versammlung und stellte mit Zufriedenheit fest, daß eine stattliche Schar der Einladung Folge geleistet hatte. Das sei ein erfreulicher Beweis, daß der Organisationsgedanke unter den hiesigen Kollegen wieder langsam Boden gewinne. Zum Punkt 1 der Tagesordnung sprach Gauleiter Gante. Er streifte zunächst die in den letzten Jahren unserm Handwerk entstandene Konkurrenz durch alle möglichen Straßenbefestigungsmittel und jeder glaube den Stab der Weisen gefunden zu haben. Die vielen Versuche hätten aber einwandfrei ergeben, daß das Natursteinpflaster allen Anforderungen gewachsen ist, und insbesondere habe das Kleinpflaster bei allen bisher unternommenen Versuchen geradezu glänzend abgeschnitten in bezug auf die Haltbarkeit und Wirtschaftlichkeit. Zu erhalten ist dieser gute Ruf aber nur, wenn auf die Ausführung der Arbeit die größte Sorgfalt gelegt wird. Nur gute und einwandfreie Arbeit sichere uns den Boden, auf dem wir stehen Die Gefahren, die der Qualitätsarbeit drohen, sind in erster Linie die unerhört niedrigen Submissionsangebote. Es sei unmöglich, für die eingesetzten Preise von 75—80 Pfg. Qualitätsarbeit herzustellen. Die Auswirkung solch ungesunder Zustände sind stets nach 2 Seiten zu sehen, einmal sind es die Knochen der Kollegen, die herhalten müssen und dann würden Leistungen verlangt, die der Körper nur noch rein mechanisch verrichte, der Geist schalte aus. Ein weiteres Uebel ist die wilde Akkordarbeit. Submissionspreis und Akkordpreis ständen im engsten Zusammenhange, einer bedingt das andere. Ist der eine zu niedrig, so ist der andere schlecht. Die Folgen sind bekannt. Die Qualitätsarbeit erfordert sorgfältigste Heranbildung des Nachwuchses. Es ist aber unmöglich, daß bei Akkordkolonnen ein Lehrling gründlich ausgebildet werden könne, da kein Geselle an der handwerksmäßigen Unterrichtung ein Interesse und auch keine Zeit habe. Die Aufgabe der Organisation ist, mit allen Mitteln Ordnung zu schaffen, was allerdings nur möglich ist, soweit der Einfluß des Verbandes reiche. Vor drei Jahren wäre der Trümmerhaufen am Orte entstanden und ein alter Gewerkschafter wundere sich nicht über die eingerissenen Zustände. Wenn nunmehr ein erneuter Zusammenschluß erfolge, so ist wohl die Hoffnung berechtigt, daß die Erfahrung lehrreich war. Gante ging dann noch kurz auf die am 22. August am Orte einberufene Versammlung der Steinsetzer durch den Baugewerksbund ein. Trotz zweitägiger Agitation habe der Besuch nur 4 Kollegen aufzuweisen gehabt. Das dürfte wohl den Agitatoren und insbesondere Spottke aus Dresden den Beweis erbracht haben, daß er auf einem verlorenen Posten steht. Unsre Kollegen im Westen fühlen sich zu ihrer Berufsorganisation hingezogen und wollen vom Baugewerksbunde nichts wissen. Es müsse daher mit aller Entschiedenheit dem Unfug entgegengetreten werden, fortgesetzt den Versuch zu unternehmen, hier und dort einzelne Splitter dem Baugewerksbund anzugliedern, für die keine hinreichende Interessenvertretung gegeben sei. Die auf dem Verbandstag in Frankfurt angenommene Resolution ist nach wie vor maßgebend.

In der anschließenden Diskussion wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß der Baugewerksbund nicht unsere Berufsorganisation ist und für die Kollegen nur der Steinarbeiterverband in Frage komme. Des weiteren wurde der Wunsch ausgesprochen, nunmehr die Schaffung eines Tarifvertrags unverzüglich in Angriff zu nehmen. Weiter wurden die am Orte herrschenden Mißstände beleuchtet und besonders betont, daß bei den Unternehmern eine solche Schlamperei eingerissen sei, daß von der Stadt keine Schlußrechnungen gezahlt werden, bevor nicht der Nachweis erbracht ist, daß die Beiträge für Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Erwerbslosenversicherung bezahlt sind. Darauf erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Stargard i. Pomm. Am 9. September fand die Monatsversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Tagesordnung: Protokoll und Eingänge. Neuwahl des Vorsitzenden. Gewerkschaftliches. Verschiedenes. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung beantragt der Kollege Meischker zwecks ordnungsmäßiger Geschäftsführung, daß der Kollege Post von seiner Funktion zurücktritt und der Kollege Griesbach die Geschäfte führe, weil der Kollege Post in dem Zustande nicht die Versammlung leiten könne. Dem wird entsprochen. Nach Erledigung des ersten Punktes wurde zur Neuwahl des Vorsitzenden geschritten und der Kollege G. Koebsch als solcher gewählt. Zu Punkt 3 referiert Kollege Teßmann über die Notwendigkeit der Gewerkschaften. In der Debatte wurde der Ausschluß der oppositionellen Kollegen scharf verurteilt und gegen den Panzerkreuzerbau Stellung genommen. Eine entsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. (Im Steinarbeiterverbande sind „oppositionelle Kollegen" nicht ausgeschlossen worden. Die Vorgänge in andern Verbänden ist deren eigene Angelegenheit, in die wir uns nicht hineinmischen sollten. Red.) Punkt 4 brachte eine lebhafte Aussprache, da hier rein örtliche Angelegenheiten erörtert wurden, die im Interesse der gesamten Kollegen sagen, zumal hier bei uns im Sommer viele wilde Steinsetzer auftreten und das Akkordsystem einführen wollen. Diesem entgegenzutreten sei Pflicht jedes Kollegen. Ferner wurde debattiert über die Wohlfahrtsgelder, das Schmerzenskind der Zahlstelle, die in diesem Jahre entweder durch den Bezirk oder durch die Zahlstelle eingezogen werden. Nach Bekanntgabe der nächsten Versammlung Schluß der heutigen.

(Berichte sollen nicht auf beiden Seiten beschrieben werden. Die Red.)

Düsseldorf. Versammlung der Steinsetzer und Rammergruppe am 1. September. Tagesordnung: 1. Organisatorisches. 2. Betriebsvertretungen. 3. Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, erheben sich die Kollegen „zu Ehren" des verstorbenen Kollegen van der Leid. Kollege Lenarz widmet ihm noch einige Worte, die in einem Appell an die organisierten Kollegen ausklingen. Dann gibt der Kollege Lenarz einen Ueberblick von der organisatorisch geleisteten Arbeit und stellt fest, daß unsere Gruppe in Düsseldorf dank der guten Agitation bis auf einige „Hartköpfe" wieder vollzählig organisiert ist. Wir hoffen, daß die gute Arbeit Früchte trägt. Die auswärtigen unorganisierten Pflasterer hängen wie Blei an unserer Bewegung, sie sind und bleiben das Grundübel und hindern unser Fortkommen. Die organisierten ländlichen Kollegen sind nach der Diskussion zu urteilen, unzufrieden mit unserem Gauleiter Kollegen Gante. Kollege Alex kritisiert die Tarifabschlüsse, die uns verpflichten, Ueberstunden zu leisten, dadurch wird dem Achtstundentag sein Charakter gestohlen. Bei Nichtleistung Maßreglung, wenn auch in „versteckter Form" durch den Unternehmer. Mehrere Kollegen erörtern die Zustände bei dem Unternehmer Wilhelm Kugelmeier (junior), der als Subunternehmer Pflasterarbeiten für die Rheinbahn ausführt. Diese Arbeiten wurden aus „zweiter Hand" übernommen, und zwar von der Firma Weiland und Höfer. Kugelmeier entläßt hiesige gut organisierte Kollegen, unorganisierte auswärtige Pflasterer werden weiter beschäftigt, weil den sogenannten „Wilden" alles geboten werden kann. Diese arbeiten Tag und Nacht, ohne sich irgendwelche Prozente für ihre Dauerschichten bezahlen zu lassen. Das Arbeitsamt ist nicht maßgebend für Kugelmeier, auch stört er sich nicht an irgendwelche Bedingungen, die die Stadt in Verträgen nach unserer Kenntnis festgelegt hat, wonach die Hiesigen zunächst beschäftigt werden sollen. Die Aufsicht des Tiefbauamtes der Stadt Düsseldorf hat insofern für die von Kugelmeier entlassenen Kollegen gesorgt, indem diese bei einem anderen Unternehmer in Arbeit gebracht wurden. Es ist traurig genug, das solche Unternehmer Arbeit von der Stadt bekommen. Von unserer Seite sind gegen diese Zustände die notwendigen Schritte unternommen worden, die nächste Zeit wird zeigen, ob man gewillt ist, diese erbärmlichen Zustände zu beseitigen. In bezug auf Betriebsvertretungen stehen die Kollegen auf dem Standpunkt, daß mehr als bisher die Rechte zu beachten und hochzuhalten sind, um im Kampfe eine bedeutende Waffe zu haben. Hätten wir schon früher mehr in dieser Angelegenheit getan, so wären wir ein bedeutend Stück weiter und könnten das Schikanieren unserer guten Kämpfer durch den Unternehmer viel besser abwehren. In diesem Sinne waren die Ausführungen unseres Zahlstellenleiters Kollegen Koch. Weiter ermahnte er, die etwa auf den einzelnen Baustellen als Betriebsrat oder Obmann fungierenden Kollegen, sich eingehend mit dem Betriebsrätegesetz zu beschäftigen, damit keine Fehler unterlaufen. Im Zusammenhang mit dem Betriebsrätegesetz über Klage vor dem Arbeitsgericht und Führung der Klage zeigt uns Kollege Koch, wie diese für uns ungünstig und günstig verlaufen kann. Einige Beispiele dafür werden angeführt. Kollege Schmidt verliest unter Verschiedenes zwei Karten, die die Lehrzeit eines Kollegen betreffen, der nach Sachsen auswanderte. Der Inhalt war uns Beweis von den geordneten Verhältnissen, die dort in der Lehrlings- und Gesellenfrage herrschen. Der betreffende Kollege hat sich bei uns stets einwandfrei gezeigt. Wir gehen auch mit den sächsischen Kollegen konform und begrüßen es, daß man unseren Beruf sauber hält von Elementen, die nicht hineingehören. In dem angeführten Falle ist der Kollege unschuldig, denn die hiesigen lockeren Verhältnisse tragen die Schuld. Dann schließt Kollege Lenarz die gut besuchte Versammlung.

Bezirkskonferenz des Straßenbaugewerbes für beide Mecklenburg und Vorpommern. Von der Zahlstelle Greifswald war beantragt worden, daß eine Bezirkskonferenz sich mit der Neuregelung des Bezirkstarifes durch den Gauleiter ohne Hinzuziehung der Verhandlungskommission beschäftigen sollte. Diesem Antrage hatten sich mehrere Zahlstellen angeschlossen. Die Konferenz tagte am 2. September 1928 in Güstrow, im Lokal Zur Klause. Nach Begrüßung und Wahl der Konferenzleitung begründete Kollege Leesch seinen Antrag, in dem er die Handlungsweise des Gauleiters verurteilt, und bezeichnete die Revidierung des Vertrages als eine schwere Schädigung der Kollegen zum Vorteil der Unternehmer. Die weiteren Einzelheiten sind bereits im Steinarbeiter Nr. 27 und 31 veröffentlicht. Koll. Leesch ist der Ansicht, wenn die gesamte Verhandlungskommission hinzugezogen worden wäre, dann ein derartiger Vertrag nicht zustandegekommen sei. Er beantragte, daß die Konferenz die Ungültigkeit dieses Vertrages beschließt. Koll. Göckemeyer führte die Gründe und Ursachen an, die zur Revidierung der Ueberlandarbeiten geführt hätten. Vor allen betonte er, daß die Verhandlungskommission in der Verhandlung in Neubrandenburg den Unternehmern einen ähnlichen Vorschlag, — die Ueberlandarbeit nach Kilometern gestaffelt — vorgeschlagen habe. Dieser Vorschlag ist damals von den Unternehmern abgelehnt worden, weil er für die Unternehmer nicht tragbar wäre. Durch die wiederholten Differenzen und Klagen vor den Arbeitsgerichten sind die Unternehmer auch zu der Ansicht gekommen, daß eine Staffelung nach Kilometerzahl und der Entschädigung erfolgen müsse. Diese Staffelung ist durch die Revidierung erreicht, wenn auch nicht in dem günstigen Sinne, wie es zur Verhandlung beantragt war, so ist aber vor allem festgelegt, daß an Arbeitsstellen über 15 Kilometer eine Auslösung von 2½ Stundenlöhnen für Uebernachtung gezahlt werden muß. Früher war keine Grenze festgesetzt, und sind die Kollegen bis zu 20 und mehr Kilometer gefahren, wofür nur eine Stunde gezahlt wurde, weil die Kollegen nicht übernachteten. An Arbeitsstellen, die über 10—15 Kilometer entfernt sind, werden jetzt 1½ Stundenlöhne gezahlt, wo bisher nur eine Stunde gezahlt wurde. Dasselbe trifft bei Arbeiten zu, die mit den Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Es muß unter diesen Umständen doch jedem Kollegen klar werden, daß hier keine Verschlechterung vorliegt. Für die Kollegen, die kein Fahrrad besitzen, hat es den Anschein, als wenn hier eine Verschlechterung vorliegt, aber im Reichstarif ist hier stets eine Sicherung vorhanden, wenn sie von den Kollegen nur richtig angewandt wird.

Die Aussprache war nicht rege, mehrere Delegierte sprachen zu dieser Sache zwei- bis dreimal. Ein Teil der Delegierten will den Gauleiter für die Verschlechterungen verantwortlich machen, die seit 1920 in den Tarif hineingekommen sind, und beantragen, sofortige Aenderung und Ablehnung des gesamten Vertrages. Einige andere weisen auf die Ueberlandentschädigungen hin, die in ihrer Zahlstelle gewährt wurden, und verlangen deshalb die Ablehnung des jetzigen Tarifes. Die übrigen Delegierten waren der Auffassung, daß es ein Fehler des Gauleiters war, diese Aenderung ohne Verhandlungskommission vorgenommen zu haben, sieht aber im übrigen keine Verschlechterung in dieser Aenderung, wenn alles in Betracht gezogen wird. Vor allem mußte es zurückgewiesen werden, daß der Gauleiter mit Absicht eine Verschlechterung für die Kollegen hätte herbeiführen wollen. Einige Delegierte der Steinschläger sind ebenfalls der Ansicht, der Tarif müsse verworfen werden, obschon für die Steinschläger die strittige Ueberlandregelung nur vereinzelt in Frage kommt, da die Steinschlagarbeiten zu 97 Prozent in Akkord ausgeführt werden, und hierfür eine besondere Ueberlandregelung im Tarifvertrag enthalten ist. Kollege Leesch-Greifswald muß in seinem Schlußwort zugeben, daß die Verhandlungskommission, auf Antrag der Konferenz in Rostock im März dieses Jahres den Unternehmern eine gestaffelte Regelung der Ueberlandarbeit vorgeschlagen hat, weil die Konferenz die im Tarifvertrag vorgesehene Ueberlandregelung für ungenügend und unklar gehalten hat, verurteilt aber nach seiner Meinung die eigenmächtige Handlungsweise des Gauleiters und sieht in der jetzigen Ueberlandregelung eine Verschlechterung gegenüber den örtlichen Entschädigungen, die sie bisher erhielten. Eine Ablehnung des jetzigen Tarifvertrages ist zwecklos, weil er rechtsgültig ist, sondern es kommt eine Kündigung in Frage und müßten beim Neuabschluß bessere Bedingungen erreicht werden. Kollege Göckemeyer warnt die Kollegen vor einem übereilten Beschluß in dieser Sache, die Kollegen sollten gewissenhaft den Wortlaut des alten und jetzigen Tarifes prüfen, ob eine wirkliche Verschlechterung vorliegt. Bei dieser Prüfung können nicht die örtlich erzielten Entschädigungen maßgebend sein, sondern die tariflich festgesetzt. Eine sofortige Aenderung des Tarifes in der alten Form könne nur erfolgen, wenn die Arbeitgeberverbände hiermit einverstanden sind. Würde trotzdem der Antrag angenommen, dann muß die beantragte Allgemeinverbindlichkeit zur Freude der Tiefbauunternehmer zurückgezogen werden, und für ⅓ der Steinschläger würde dann die Lohnerhöhung von 8 Prozent hinfällig werden. Die sonstigen Aenderungen betr. Wohlfahrt, beruflicher Geltungsbereich usw. wären notwendig auf Grund des Reichstarifvertrages, hieran hätte eine Verhandlungskommission auch nichts geändert. Für einen Druckfehler im Tarif, und wenn die Mitglieder sich nicht nach den tariflichen Bestimmungen richten, könne man den Gauleiter doch nicht verantwortlich machen. Wenn eine Konferenz wirkliche Arbeit leisten wolle, dann dürften die Mitglieder nicht mit der bestimmten Absicht erscheinen, unter allen Umständen dem Gauleiter eins auszuwischen, oder wie einige Delegierte erklären, sie hätten ein gebundenes Mandat und dieses führen sie durch. Unter solchen Verhältnissen ist jede Konferenz zwecklos. Da die

---

mehrmals sogar, und anderer Leute Zureden reagierte er einfach nicht, blieb sitzen und machte seinem Herzen Luft über die Bauern und ihre niedrige Steuerzahlung. Erst als nach längerem Warten das Brautpaar selbst erschien und die resolute Braut nach einigen Grogs ihn einfach einhakte und mit sich zog, kam nach stundenlanger Verspätung die Amtshandlung zustande. Das Paar wurde endlich von Jan getraut. Durch solche Eigenmächtigkeiten machte er sich natürlich unmöglich, und er mußte schließlich dann doch einem andern Gemeindevorsteher Platz machen, der auch ein Padhöcker ist. Jetzt kauert Jan wieder dauernd die volle Woche hindurch an der Straße und setzt Würfel neben Würfel in die Sandbettung mit dem üblichen Hammerschlag. Daß man ihm das Gemeindevorsteheramt wieder abnahm, hat ihm durchaus keine Aufregung verursacht. Im Gegenteil, er ist wirklich froh, die Verantwortung nicht mehr zu haben. So kann er wenigstens seinen Grog trinken wie es ihm paßt, denn als Gemeindevorstand mußte er das Grogtrinken dem Amt anpassen. Das war meistens eine schwierige Sache und hat manche Unzuträglichkeit geschaffen. Geärgert hat ihn nur, daß sein Amtsnachfolger, der ebenfalls ein Steinsetzer ist, sich gar nicht bei ihm erkundigt hat, wie nun dieses oder jenes in der Gemeinde zu handhaben war. Reichtümer sind in solchen Aemtern nicht zu erwerben, das weiß Jan zur Genüge, das wissen aber auch die Gegner, die damals abtreten mußten und die darauf warten, daß wegen wirtschaftlicher Bedrängnis der andern, sie wieder in den Vordergrund kommen. Und als damals bei Jan der Amtswechsel kam und einer der Bessergestellten ihm in ähnlichem Sinne Andeutungen machte, da hat er für die Sache folgende Worte geprägt, die im Plattdeutsch viel kräftiger klingen, doch zum Verständnis für unsere übrigen deutschen Kollegen geben wir den Ausspruch hochdeutsch wieder. Jan meinte: „Uns bekommt ihr nicht wieder klein, und wenn ich auch euer Gemeindevorstand nicht mehr sein soll, zusammen halten wir Steinsetzer und die andern Proleten dennoch, dadurch haben wir die Mehrheit in der Gemeinde und handeln danach. Damit müßt ihr Bauern, Krämer und sonstigen Klugsprecher euch abfinden." Das war ganz gut gesagt und gefällt dem

Steinklopfer-Hannes.

Warum heiraten die Männer?

Der eine freit um Dukaten,
Der andere nur um das Gesicht;
Der Dritte, weil es andere taten,
Der Vierte, weil's die Mutter spricht;
Der Fünfte tut's, um Ruh zu setzen,
Der Sechste denkt: Es muß so sein;
Der Siebente tut's um's Ergötzen,
Der Achte, weil die Schulden schrei'n;
Der Neunte tut's nur um die Ahnen,
Der Zehnte, sich sein Glück zu bahnen;
Den Elften, Zwölften fragt: Warum?
Sie wissen's nicht; sie sind zu dumm!

Bremischer Kalender von 1671.

Zahlstellen Rostock, Schwerin usw. ihren Antrag aufrecht erhielten, wurde der bestehende Bezirkstarifvertrag mit 16 gegen 9 Stimmen von der Konferenz abgelehnt. — Vom Kollegen Fromm-Schwerin wurde dann der Mißtrauensantrag gegen den Gauleiter vorwiegend damit begründet, daß der Gauleiter die Konferenz nicht nach Schwerin einberufen und eigenmächtig einen anderen Tarif abgeschlossen hat. Der Vorsitzende Kollege Gerst-Neubrandenburg ist gegen die Abstimmung, wenn nach Ansicht der Mehrzahl der Delegierten ein Fehler gemacht sein soll, so ist er nicht so groß, daß ein Mißtrauen ausgesprochen werden kann. Außerdem könne dieser Antrag nur von einer Bezirkskonferenz angenommen werden, die von allen Fachgruppen besucht ist. Die Vertreter von Schwerin lehnten zuerst die Zurücknahme des Antrages ab; während die Abstimmungszetel verteilt wurden, wurde er dann doch zurückgezogen. An eine Abstimmung war auch nicht mehr zu denken, weil die Konferenz sich von selbst aufgelöst hatte.

Abrechnung der Hauptkasse vom 2. Quartal 1928

Einnahme:

Eintrittsgeld		6 422.90
Beiträge		582 569.60
Erwerbslosenmarken		10 311.20
Extrasteuermarken (Kampffonds)		70 570.80
An die Zahlstellen gelieferte Material		2 287.80
Abonnements und Inserate		2 634.64
Sonstige Einnahmen, Zinsen und dergl.		50 262.85
Akontozahlung der Zahlstellen auf 3. Quartal 1928		18 847.00
Summa:		Mk. 743 906.79

Ausgabe:

Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:		
a) Gauleitungen	39 242.58	
b) Zentralvorstand	2 331.75	
c) Zuschuß für Lokalangestellte	22 068 33	
d) Lohnverhandlungen und -bewegungen	611.25	
e) Tarifberatungen Tarifamtssitzungen, (Reichs- und Bezirkstarife)	11 768.06	76 021.97
Für Unterstützungen:		
a) Erwerbslosenunterstützung am Ort	22 417.70	
b) „ auf der Reise	1 462.30	
c) „ bei Krankheit	45 348.60	
d) Streikunterstützung	229 171.62	
e) „ für andere Verbände	—	
f) Gemaßregeltenunterstützung	5 884 35	
g) Umzugsunterstützung	200.00	
h) Sterbeunterstützung	4 146.50	
i) Notfallunterstützung	1 554.80	
k) Rechtsschutz	2 407.16	312 593.03
Für Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	15 756.40	
b) Versicherungsbeiträge	4 392.76	
c) Revisionen und Vorstandssitzungen	294.85	
d) Verbandsausschuß	25 00	
e) Mankogeld	75.00	20 544.01
Für Verwaltung (sachliche):		
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	1 193.77	
b) Telephon, Schreib- und Packmaterial	515.15	
c) Porto, Bestellgeld, Strafporto	1 555.49	
d) Neuanschaffungen und Reparaturen	918.20	
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinderarbeit, Stempel	4 656.65	
f) Steuern, Versicherung	3 281.85	
g) Postscheckgebühren	64.44	
h) Sonstige Ausgaben	7 055 56	19 241.11
Für Verbandsorgan:		
a) Redaktion	1 625.60	
b) Honorar für Mitarbeit	1 116.10	
c) Druckkosten und Papier	20 824.75	
d) Expedition	640.00	
e) Porto, Bestellgebühren	9 393.73	
f) Adressen und Packmaterial	144 60	
g) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	43.98	
h) Abonnementsgelder zurück	250.00	
i) Gerichtskosten	—	34 038.76
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	239.89	
Kulturbeitrag und Unterrichtskurse	20 224.30	20 464 19
Sonstige Ausgaben:		
Beitrag an den ADGB.	2 940.45	
Beitrag an das Internat. Sekretariat	2 149.20	
Delegationen und Konferenzen	609.35	
Guthaben der Zahlstellen vom 1. Quartal 1928 zurück	14 256.56	19 955.56
Summa:		Mk. 502 858.63

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1928		1 123 888.41
Einnahme im 2. Quartal 1928		743 906.79
Bestand und Einnahme im 2. Quartal 1928		1 867 795.20
Ausgabe im 2. Quartal 1928		502 858.63
Bestand am Schlusse des 2. Quartals 1928		1 364 936.57
Davon waren beim Abschluß in der Hauptkasse	1 289 314.21	
den Gaukassen	17 671.27	
den Lokalkassen	57 951.09	1 364 936.57

Leipzig, den 8. August 1928. Ludwig Geist, Kassierer.

Die Revisoren:

gez. Joseph Neumüller, Wilhelm König, Max Scholich.

Abrechnung der Zahlstellen vom 2. Quartal 1928

Einnahme:

An die Hauptkasse nicht abgeführte Gelder	57 951.09
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	142 272.70
Sonderzuschlag auf die Beitragsmarken	39 905.00
Sonstige Einnahmen	25 641.75
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	14 256.56
Summa:	Mk. 280 027.10

Ausgabe:

Erwerbslosenunterstützung am Ort	2 117.08
„ auf der Reise	2 443.85
„ bei Krankheit	17 241.90
Streikunterstützung	22 213.79
Gemaßregeltenunterstützung	70 20
Sterbeunterstützung	946 90
Notfallunterstützung	3 252 90
Umzugsunterstützung	20 00
Rechtsschutz	127.95
Verwaltung (persönliche)	49 904 92
(sachliche)	26 432.80
Agitation	5 587.13
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	16 522.08
Delegationen und Konferenzen	11 247.44
Sonstige Ausgaben	13 198 68
Guthaben bei der Hauptkasse	18 847.00
Bestand der Hauptkasse zurück	63 945.38
Summa:	Mk. 254 120.00

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 1. Quartals 1928	438 962.81
Einnahme im 2. Quartal 1928	280 027.10
Bestand und Einnahme im 2. Quartal 1928	718 989.91
Ausgabe im 2. Quartal 1928	254 120.00
Bleibt Bestand am Schluß des 2. Quartals 1928	464 869.91
Davon gehören der Hauptkasse	57 951.09
Bleibt Bestand der Lokalkassen	Mk 406 918.82

Ludwig Geist, Kassierer.

Von Zahlstellenkassierern wird wiederholt Klage geführt, daß immer wieder Mitglieder zureisen, die mit ihrer Beitragsleistung sehr im Rückstand sind. Auf gemachte Vorhaltungen geben sie meistens an, an Orten gearbeitet zu haben, wo keine Zahlstelle bestand, und aus diesem Grunde ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten. Dieser Einwand ist selbstverständlich hinfällig! Das Statut besagt unter § 2 Abs. 2: „Besteht keine Zahlstelle am Arbeitsort, so ist die Einzelmitgliedschaft beim Verbandsvorstand zu erwerben.“ Ferner heißt es unter § 4 Abs. 10: „Einzelmitglieder zahlen ihre Beiträge ohne Abzug an die Hauptkasse usw.“

Es muß also jedes Mitglied, auch wenn es nicht unter der Obhut einer Zahlstellenverwaltung steht, wissen, was es zu tun hat. Wir bitten die Zahlstellenverwaltungen, streng darauf zu achten, daß die Mitglieder ihren statutarischen Verpflichtungen stets pünktlich nachkommen. Unterstützungen dürfen nur solche Mitglieder erhalten, die ihr Verbandsbuch wirklich in Ordnung haben.

*

Der Reichslohntarif für die Granitschleifereien liegt nunmehr gedruckt vor. Die in Betracht kommenden Zahlstellen, die noch keine Bestellungen aufgegeben haben, mögen diesen Hinweis beachten.

Woche für Woche wird an dieser Stelle von verlorenen Mitgliedsbüchern und Interimskarten berichtet. Im allgemeinen sind diese Bekanntmachungen für die Verlierer kein gutes Ordnungszeugnis. Der Mitgliedsausweis des Buches oder der Karte ist eine private Urkunde, genau wie die amtlichen Papiere (Wohnungsschein, Geburtsurkunde usw.). Nun werden diese amtlichen Papiere viel seltener verloren; ein Beweis, daß sie mit viel größerer Sorgfalt betreut werden. Diese größere Sorgfalt muß natürlich auch bei der Verbands-Urkunde beobachtet werden.

*

Verlorene oder sonst abhanden gekommene Mitgliedsausweise: In **Lauenburg** Mitgliedsbuch 45 509, auf den Namen Gustav Noffke, Rammer, lautend. In **Heide** (Holstein) das Mitgliedsbuch 95 232 für den Steinsetzer Detl. Bruhn. In **Netzschkau** hat der Steinsetzer Joseph Lukas sein Mitgliedsbuch (Nr. 87 656) verloren.

Berlin. Bewerbung!

Die Stelle eines Ortsangestellten wird hiermit ausgeschrieben. Für die Anstellung kommt nur ein Kollege aus dem Steinsetzgewerbe des Tarifbezirkes Groß-Berlin in Frage, der mindestens fünf Jahre freigewerkschaftlich organisiert ist. Bewerbungen mit Lebenslauf und einer kurzen schriftlichen Abhandlung über die Aufgaben eines Gruppenleiters der Sektion Steinsetzer und Berufsgenossen im Tarifbezirk Groß-Berlin sind bis zum 15. Oktober 1928 mit der Anschrift „Bewerbung“ an den Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Berlin SO 16, Engelufer 25, zu richten.

Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

Halle. Am 6. Oktober, 19 Uhr, kombinierte Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß zur Stelle sein.

*

Lithographiestein- und Juramarmorgebiet. Am 14. Oktober, 10 Uhr, Bezirkskonferenz im Gasthaus „Stern“ zu Solnhofen. Jede Zahlstelle muß vertreten sein, auf 50 Mitglieder entfällt ein Vertreter. Die Zahlstelle Rögling wird besonders auf die Konferenz aufmerksam gemacht. Tagesordnung: Bericht, Wahl, Verschiedenes. **Die Bezirksleitung.**

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

1. Gau (N.-O.): **Rummelsburg** i. Pom. Vors. u. Kass.: Leo Tusk, Lauenburg (Pom.), Wendenweg.
2. Gau: **Hirschberg.** Vors.: Alois Vopieka, Jannowitz, Kreis Schönau, Schles. — **Peisterwitz.** Krs. Ohlau, Schlesien. Vors.: Paul Nutsch, Qualldorfstraße. Kass.: Karl Hanuschek, Siedlungsstraße 1.
4. Gau: **Braunlage** Harz. Kass.: Reinhold Kupka, Dr.-Vogeler-Straße 5.
5. Gau: **Hagen I** Westf. (Steinarbeiter). Vors. u. Kass.: Joh. Sobanski, Wasserloses Tal 28. **Hagen II** Westf. (Steinsetzer). Vors. u. Kass.: Karl Stoike, Wehringhauser Straße 67, II. — **Rheydt.** Kass.: Johann Maesen, Gladbacher Str. 81.
7. Gau: **Neubau.** Kass.: Emil Schott, Fichtelberg (Oberfranken) Nr. 149.

Zahlstelle Fischhaus. Wegen Steuerabzugs ab 1. 10. 28 siehe Artikel in Nr. 32 des „Steinarbeiters“, Beilage 1. Seite, 2. Artikel. Der bisherige Steuerabzug vom Arbeitslohn wird demnach um 25 Prozent ermäßigt. Solche Notizen werden von der Redaktion gebracht in dem Glauben, daß die Kollegen sich diese Informationen herausschneiden.

Die größte deutsche Konsumgenossenschaft. Die „Produktion“ in Hamburg ist die größte deutsche Konsumgenossenschaft; obwohl erst in der letzten Entwicklungsphase der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung gegründet, hat sie doch damals in kurzer Zeit den ersten Platz in der Bewegung eingenommen und bis heute behauptet. Die „Gemeinwirtschaft“ erscheint im Septemberheft als Sondernummer „Die Produktion“ und bringt darin eine umfassende und gründliche Abhandlung mit Bildern über die „Produktion“ nach der „Inflation“ von Walter Postelt, Sekretär der „Produktion“. Diese aufschlußreiche Arbeit vermittelt nicht nur einen guten Einblick in die größte Konsumgenossenschaft Deutschlands, sondern in die konsumgenossenschaftliche Organisation und Funktion überhaupt. Die „Produktion“ ist Typ, allerdings ein Typ ganz originaler Art — wegweisend, bahnbrechend, durch Taten konsumgenossenschaftliches Neuland erschließend. Außer dieser Darstellung enthält das 48 Seiten starke Sonderheft „Produktion“ der Gemeinwirtschaft noch größere und kleinere Artikel, Berichte und Notizen, dazu Besprechungen von literarischen Neuerscheinungen. Die „Gemeinwirtschaft“ bringt reichhaltiges und aktuelles Informationsmaterial und kann als sehr gut geleitete Zeitschrift nur empfohlen werden. Zu beziehen ist die „Gemeinwirtschaft“ durch jede Volksbuchhandlung, jeden Briefträger und den Verlag in Hermsdorf (Thür.); sie kostet vierteljährlich 2,40 Mk. Probenummern sendet der Verlag unberechnet.

Wie systematisch und umfangreich die Spitzeltätigkeit der Kommunisten ist, zeigt eine kleine Materialsammlung aus der kommunistischen Jugendzentrale, die jetzt unter dem Titel „Die Spitzelzentrale“ im Arbeiterjugend-Verlag, Berlin, erschienen ist. Ein stinkiger Abgrund von politischer Verlumptheit tut sich vor dem Leser dieser Broschüre auf. Durch Zufall kam dem Hauptvorstand des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend ein umfangreiches Aktenmaterial über die „Gegenarbeit“ der kommunistischen Jugendzentrale in die Hände. Aus ihm geht klar und deutlich hervor, daß seit Jahren ein großer Apparat von Spitzeln vorhanden ist mit dem Auftrag, in der Sozialistischen Arbeiterjugend nach kommunistischen Parolen **für Rußlanddelegationen, für Einheitsfrontkomitees, für Kampagnen gegen Jugendtage usw.** zu „arbeiten“. Man nutzt die Ehrlichkeit der Arbeiter, die einige Begeisterung für Sowjetrußland oder für ein Zusammengehen mit den Kommunisten haben, dazu aus, sie für schmutzige Spitzelgeschäfte zu mißbrauchen. Die Broschüre ist ein neuer Beweis dafür, daß die kommunistische Bewegung ein Schandfleck auf dem reinen Schild der großen deutschen Arbeiterbewegung ist, die mächtig wurde, weil sie Ehrlichkeit und Offenheit im Kampf obenan stellte, weil sie ihre Waffen schmiedete in der Geisteswerkstatt, die uns Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel gebaut haben. Den Kommunisten blieb es vorbehalten, mit Dreck und Schmutz zu werfen, wo nur blanker Stahl des Geistes siegreiche Kämpfe zu führen imstande ist. Dogmengläubisch, wie sie nun einmal sind, haben sie die Parole ihres Gottes Lenin, daß „man sich zu jedem und allen Opfern entschließen muß und — wenn es nötig ist — sogar List, Schlauheit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anwenden muß, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen“, getreulich und gewissenhaft befolgt. Mancher junge Mensch, der aus ehrlicher Ueberzeugung zu den Kommunisten gegangen und ihre Parolen, besonders die zitierten befolgt hat, ist in der kommunistischen Spitzelmaschine zerbrochen. Und die Broschüre schließt, nachdem sie durch zahlreiche Briefe und Schriftstücke den Beweis für die kommunistische Spitzeltätigkeit geführt hat, mit folgenden Sätzen: „Die Geschichte der kommunistischen Bewegung ist ein Weg schwerster Opfer der Arbeiterbewegung. An der Wiege dieser Partei stand die Spaltung der großen stolzen Arbeiterbewegung, ihr folgten die opferreichen Aufstände in Mitteldeutschland und Hamburg, die Hunderte von Proletariern das Leben kosteten und die Ungezählte in die Zuchthäuser und Gefängnisse brachten. Und nun fallen junge Menschen. Nicht im offenen Kampf für ihre Ueberzeugung, nein, sie zerbrechen an der Brutalität und Unmenschlichkeit kommunistischer Arbeitsmethoden. Wir sehen die Opfer nur, wenn die Verzweifelten in ihrer größten Not zum Strick oder zur Waffe greifen. Viele, viele andere resignieren und verzweifeln an der großen Mission der Arbeiterbewegung und des Sozialismus. Sie leben physisch weiter, aber sie gehen psychisch zugrunde. Von aller Schuld, die die kommunistische Bewegung in dem einen Jahrzehnt ihres Wirkens auf sich geladen hat, ist diese Schuld an der Jugend des Proletariats die schwerste. Und jeder, dem es ernst ist um die Befreiung der arbeitenden Menschen durch den Sozialismus, muß dieser Partei, diesem unermüdlichen Helfer der schwärzesten Reaktion, den Kampf ansagen, bis ihre Existenz ausgelöscht ist.“

Henny Schumacher, Aus dem Leben eines Arbeiterkindes. Band 9 der Jugendbücher der Neuen Gesellschaft. 112 Seiten auf holzfreiem Papier. Kart. 0,75 Mark, Ganzleinenband 1,75 Mark. Dies Buch ist Bekenntnis und Anklage. Ein Bekenntnis von der Not proletarischen Lebens, ein Bekenntnis von den Leiden proletarischer Kindheit. Selbsterlebtes und dichterisch Geschautes vereinen sich hier zu einer erschütternd gleichartigen Darstellung. Und so werden diese Einzelerlebnisse Konfessionen im allgemein gültigen Sinne. Hier schreit der Mensch, der arme, mißhandelte Mensch. Hier schreit das Kind im Menschen und der Mensch im Kinde.

Bruno Schönlank, der bekannte Lyriker und Schöpfer des neuen Sprechchorkunstwerkes, hat bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61, Dreibundstr. 5, einen kleinen, hübsch illustrierten 1,50-Mark-Band Großstadtmärchen herausgegeben. **„Der Kraftbonbon und andere Großstadtmärchen“** nennt sich das Buch, dessen zierliches Format dem Wesen dieser kleinen und amüsanten Geschichten entspricht. Mit einer Phantasie, wie sie nur ein kindliches Gemüt haben kann, krempelt Schönlank die Wirklichkeit um und zeigt ihre märchenhafte Innenseite. Dabei ist die Sprache einfach und ungekünstelt. Die Märchen sind im Erzählerton geschrieben. Das neue Gildenbuch wird jung und alt Freude machen.

Ein kleines aber inhaltreiches 1,50-Mark-Buch **„Liebe ohne Hoffnung“** von Else Feldmann, ist ebenfalls bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW. 61, Dreibundstr. 5, erschienen. Else Feldmann hat einer der kurzen Geschichten das Wort von Peter Altenberg „Das Leben dichtet, und wir schreiben es auf“ vorangesetzt. Und so ist es. Diese kleinen Erzählungen hat das Leben gedichtet. Else Feldmann erzählt von den „kleinen Leuten“, von Dienstboten, Näherinnen, gealterten Künstlern, Fräuleins, Prostituierten, von ihrem Hunger nach Liebe, von ihrer Sehnsucht nach Sonne. Viel Elend ist in der Welt, und der unglückliche Mensch ist fast immer allein. Aber Else Feldmann läßt auch die wahrhafte Nächstenliebe aufleuchten und dann und wann einen Schimmer von Glück. Ein innerer Zusammenhang verbindet die Geschichten dieses Buches, das mit viel Herzenswärme geschrieben ist und auf alle Leser einen tiefen Eindruck machen wird.

ANZEIGEN

Bezirk Michendorf

Am Sonntag, dem 30. September d. J., nachmittags 2 Uhr, im Volkshaus Michendorf Versammlung aller dem Zahlbezirk angehörender Kollegen.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Die Ortsverwaltung. I. A.: A. Dörre.

Berlin. Gruppe Steinsetzer und Berufsgenossen

Am Sonntag, dem 7. Oktober d. J., vormittags 10 Uhr, findet in den Brunnensälen, Brunnenstraße 15, eine Versammlung der Steinsetzer und Berufsgenossen des Zahlbezirkes Berlin statt.

Da eine Reihe wichtiger Fragen zu besprechen sind, ist es Pflicht jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung. I. A.: O. Kiaulehn.

Für Dauerposten wird ein

Poliseur

durchaus selbständig in der Herstellung von Waschtischaufsätzen in allen Marmorarten, per sofort gesucht. Zuschriften unt. **H. B. 2566** an die Schriftleitung des „Steinarbeiter“.

Mehrere perfekte Maschinenschleifer

auf Marmor werden eingestellt

Marmorwerk und Steinmetzbetrieb Fr. Schulze, Inh. A. & C. à Brassard, Halle a. d. S.

Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postscheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postscheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postscheckkonto Breslau 414, Dresden, Postscheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postscheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postscheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl

Rammen, Brechstangen

und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb

Otto Teske, Berlin N 31

Brunnenstraße 82

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Schreiberhau** am 24. August der Granitsteinmetz Otto Müller, 73 Jahre alt, Herzkrämpfe, 2 Jahre krank.

In **Süplingen** am 6. September der Hilfsarbeiter Hermann Krause, 53 Jahre alt, Lungenentzündung, 2 Wochen krank.

In **Hohburg** am 10. September der Pflastersteinmacher Otto Große, 37 Jahre alt, Freitod; am 11. September der Betriebszimmermann Franz Schumann, 54 Jahre alt, innere Blutvergiftung, 10 Wochen krank.

In **Drebben** am 11. September der Hilfsarbeiter Heinr. Koop-Meyer, 29 Jahre alt, Unfall außer dem Beruf, 5 Wochen krank.

In **Dresden-Pirna** am 13. September der Sandsteinmetz Friedr. Bremer, 57 Jahre alt, Lungentuberkulose, 3 Jahre 5 Monate krank; am 17. September der Sandsteinmetz Friedr. Moritz Michel, 54 Jahre alt, Lungentuberkulose, 5 Monate krank.

In **Droysig** am 13. September der Sandsteinmetz Ewald Patzschke, 46 Jahre alt, Lungenleiden, 21 Wochen krank.

In **Häslicht** (Schles.) am 18. September der Granitsteinmetz Erich Elter, 19 Jahre alt, Unglücksfall, Motorrad

In **Metten** am 18. September der Hilfsarbeiter Xaver Ernst, 62 Jahre alt, Magenleiden, 13 Monate krank.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig.

Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Beilage zu Nr. 39, 32. Jahrgang

Der Steinarbeiter

Sonnabend, 29. September 1928

Die Arbeiter und der Betriebsrätegedanke

I.

In den Jahresberichten der preußischen Gewerbe-Aufsichtsbehörden wird eine regelmäßig wiederkehrende Uebersicht darüber geboten, ob und wie sich die Arbeiterschaft inzwischen zu der Betriebsrats-Einrichtung eingestellt hat. Indem aus den verschiedensten Landesteilen die Urteile zusammengestellt sind, ist es möglich, ein wirklich treffendes Bild zu erhalten. In der nachstehenden Uebersicht können wir uns nun leider überzeugen — um das Urteil gleich vorweg zu nehmen —, daß bedauerlicherweise ein Großteil der deutschen Arbeitnehmerschaft noch immer nicht vermag, von den ihnen durch das Gesetz zustehenden Rechten den angemessenen Gebrauch zu machen. Was im nachstehenden aus den preußischen Berichten herausklingt zur Vertiefung des überschriftlich genannten Begriffes wird in den anderen deutschen Staaten der Republik nicht angenehmer zu hören sein. Deshalb sollte allerorts in unserem Verbande von der Zahlstellenverwaltung auf das eingehende Studium dieser Abhandlung gedrungen werden, denn nur auf diese Art kann schließlich die wünschenswerte Besserung erzielt werden.

Königsberg berichtet schon in diesem Sinne: Obwohl Gewerbeaufsichtsbeamte und Gewerkschaften auf die Errichtung von Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben hinwirken, hat die Zahl der Betriebe ohne Betriebsvertretung zugenommen. Es ist die Ansicht vertreten, daß die Erörterung von Beschwerden mit dem Arbeitgeber auch dann, wenn diese durchaus berechtigt sind, den Betriebsratsmitgliedern nur Schwierigkeiten bereitet und eine Abstellung der Mängel doch nicht erreicht werden kann.

Damit ist ein psychologisch tief liegender Grund uns angeführt, aus dem heraus sehr viele Arbeitnehmer in der Wahrung ihrer Rechte zu scheu und zu ängstlich sind. — Genau so meldet der Bericht von Allenstein und Gumbinnen. Dort stehen die Arbeitnehmer gleichfalls der Wahl von Betriebsvertretungen nach wie vor ziemlich gleichgültig gegenüber. Betriebsräte wurden fast nur in Betrieben gefunden, deren Belegschaft in enger Verbindung mit den Gewerkschaften steht. Mehrfach mußte Unternehmern aufgegeben werden, einen Wahlvorstand zu bestellen. Noch pessimistischer klingen die Nachrichten aus Westpreußen. Die Betriebsvertretungen haben weiterhin an Bedeutung verloren. Zum großen Teil dürfte dies auf die mehr oder weniger ablehnende Haltung der Arbeitgeber gegenüber dieser Einrichtung zurückzuführen sein, anderseits aber auch darauf, daß sich keine Arbeitnehmer fanden, die das Amt eines Betriebsratsmitgliedes oder eines Betriebsobmannes annehmen wollten. Betriebsvertretungen bestehen daher meist nur in den größeren Betrieben. Häufig mußten die Arbeitgeber auf ihre Verpflichtung, einen Wahlvorstand zu bestellen, hingewiesen werden. Bei den Betriebsbesichtigungen wurde mit dem Betriebsobmann Fühlung genommen, und es wurden dabei Fragen des Arbeitsrechts, des Unfallschutzes und des Gesundheitsschutzes besprochen. Vorgebrachten Beschwerden wurde in allen Fällen nachgegangen, erforderlichenfalls wurde Abhilfe geschaffen. Ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung konnte nur in wenigen Fällen beobachtet werden.

Nicht ganz so ungünstig lautet die Ansicht der Potsdamer Gewerbeaufsichtsbehörde. Die Zusammenarbeit mit den Betriebsvertretungen in den Großbetrieben war befriedigend; auch der Verkehr mit den Vertretern der Gewerkschaften, die mehrfach mit Erfolg an gesundheitlichen und wirtschaftlichen Fragen mitgearbeitet haben, wurde gesteigert. Trotzdem gaben mehrere Beschwerden über das Fehlen von Betriebsvertretungen Anlaß, die Einsetzung eines Wahlvorstandes zu fordern. Außerdem wurde mehrfach bei Besichtigungen die Wahl der fehlenden Betriebsvertretung angeregt, doch nicht immer mit Erfolg, da die Arbeitnehmer oft hierfür kein Interesse zeigten. Ein äußerst lehrreiches Bild davon, was doch in dem Betriebsrat-Gedanken für den Arbeiter steckt, gibt der Bericht von Berlin. Die bessere wirtschaftliche Lage der Unternehmer, heißt es da, gab den Betriebsvertretungen eine größere Sicherheit, sie konnten eine stärkere Betätigung entfalten und taten dies auch meist in einem für den Betrieb und die Arbeiterschaft günstigen Sinne, doch gab es auch Ausnahmen hiervon. Die Bemühungen der Gewerberäte, dort, wo eine Betriebsvertretung fehlte, den Belegschaften zu ihrem Recht zu verhelfen, scheiterten mehrfach. Wenn auch die Bestellung eines Wahlvorstandes erreicht wurde, kam wiederholt eine Wahl nicht zustande, weil die Arbeitnehmer sich weigerten, sich auf die Vorschlagslisten setzen zu lassen, oder eine Wahl ablehnten. In einem Falle mußte ein Unternehmer durch polizeiliche Anordnung, die auf dem Recht der Polizeibehörde fußte, gesetzwidrige Zustände zu beseitigen, auch wenn sie nicht mit Strafe bedroht sind, gezwungen werden, einen Wahlvorstand zu bestellen. Die Wahl des Betriebsrats gelang daraufhin. Ein anderer Unternehmer, in dessen Betrieb eine Betriebsvertretung nicht zustande kam, lud einmal im Monat die Belegschaft nach der Arbeitszeit zu einer Besprechung über Wünsche und Klagen bei Kaffee und Kuchen ein. Manchen Betriebsvertretungen fehlt es noch immer an Verantwortungsgefühl und an Mut, den Mitarbeitern bei einem für die Belegschaft schädlichen Verhalten Vorhaltungen zu machen. Dies gilt insbesondere, wenn eine fahrlässige Handlungsweise eines Arbeiters auch seine Mitarbeiter gefährden kann und deshalb von dem Betriebsrat gerügt werden müßte. Andere Betriebsräte zeigen dagegen eine übergroße Selbständigkeit, die nicht immer im Sinne der Belegschaft ist; so erhob z. B. der Betriebsrat eines größeren Betriebes Einspruch, als vorübergehend zwei je 7¾stündige Schichten der Arbeiterinnen mit Rücksicht auf die Verkehrs- und Betriebsverhältnisse in die Zeit von 7 bis 23½ Uhr gelegt werden sollten. Der Gewerberat, der die Stimmung der Arbeiterinnen von früheren Regelungen kannte, schlug eine Abstimmung der beteiligten Arbeiterinnen vor, der Betriebsrat lehnte eine solche glatt ab, erhob Beschwerde und ließ die Ausnahmebewilligung zum Gegenstand einer kleinen Anfrage im Landtag machen. Wiederholt wandten sich Betriebsräte, die ihren Wünschen bei den Unternehmern nicht Geltung verschaffen konnten, an die Gewerberäte, die ihnen zu helfen suchten, wenn die Ansprüche sich irgendwie vertreten ließen; so konnte z. B. in einer Bettfedernfabrik, in welcher der Betriebsrat vergeblich eine Badeeinrichtung und Schutzkleidung gewünscht hatte, in einer gemeinsamen Besprechung zwischen Betriebsleitung, Betriebsrat und Gewerberat ein Brausebad und die Lieferung von Stoff für Schutzkleidung erreicht werden.

In Stettin wurde von den Arbeitnehmerverbänden versucht, durch wiederholte und eindringliche Hinweise in den gewerkschaftlichen Fachblättern und Versammlungen das Interesse an der Errichtung der Betriebsvertretungen zu beleben. Ein nennenswerter Erfolg ist diesen Bestrebungen nicht beschieden gewesen; die Verhältnisse scheinen trotz der für die Arbeitnehmer aus dem Fehlen einer Betriebsvertretung sich ergebenden Nachteile sogar noch schlechter geworden zu sein. Im Zusammenhang damit läßt sich in den kleinen und mittleren Betrieben, soweit Betriebsvertretungen bestanden, deren Mitwirkung bei Fragen der Gewerbehygiene und Unfallverhütung im allgemeinen noch sehr zu wünschen übrig. In den größeren Unternehmungen, in denen die Mitglieder des Betriebsrates vielfach ihr Amt schon seit Jahren bekleiden, haben sie dagegen in der Regel großes Interesse an der Verbesserung der Betriebseinrichtungen und sonstigen Arbeitsbedingungen gezeigt und den Gewerbeaufsichtsbeamten nicht selten wertvolle Anregungen gegeben. — In einer Eisengießerei, in der die Former durch Transportarbeiten übermäßig in Anspruch genommen waren, wurde auf Anregung des Betriebsratsvorsitzenden das gesamte Transportwesen umorganisiert und durch Einstellung von Erwerbslosen ausschließlich für Transportarbeiten sowohl eine Entlastung der Former, als auch eine größere Wirtschaftlichkeit des Betriebes erzielt. In einer Seeschiffswerft gelang es, einem Vorschlag des Betriebsratsvorsitzenden folgend, eine seit Jahren übliche Sonntagsarbeit durch entsprechende Organisation auf die Werktage zu verlegen.

Trotzdem dieses Beispiel deutlich zeigt, was die Betriebsräte wirken können, wie bedeutsam sie also sind, meldet doch schon der Nachbarbezirk Köslin eine Zunahme der Betriebe, in denen die Betriebsvertretungen sich stillschweigend aufgelöst haben und eine Neuwahl an dem mangelnden Interesse der Arbeitnehmerschaft gescheitert ist. Auf Beschwerden der Arbeitnehmerorganisationen wurde die Einrichtung einer Betriebsvertretung in mehreren Fällen von den Gewerbeaufsichtsbeamten durchgesetzt. Die Fälle, in denen sich zur Uebernahme des Amtes eines Wahlvorstandes niemand bereit fand, häufen sich.

Was die Breslauer Behörde beobachtet hat, ist gleichfalls außerordentlich aufschlußreich. Schon seit Jahren, meldet sie, ist immer wieder beobachtet worden, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer das Interesse an den Betriebsräten verloren hat. Mag hierfür auch in Zeiten schlechter Wirtschaftslage nicht selten die Befürchtung der Arbeitnehmer, sie könnten durch ihre Betätigung als Betriebsratsmitglieder Nachteile erleiden, eine Erklärung geben, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß auch im Betriebsjahre trotz der Belebung der Wirtschaftslage Betriebe ohne Betriebsvertretung kaum weniger zahlreich als im Vorjahre vorhanden waren. Der Grund hierfür wird allerdings nicht allein in der Teilnahmslosigkeit der Arbeitnehmer, sondern teilweise auch in dem grundsätzlichen Widerstande einzelner Arbeiter zu suchen sein, die in den Betriebsräten nach wie vor betriebsfeindliche Einrichtungen erblicken. Erklärlich ist dieses Verhalten der Arbeitgeber freilich, wenn Betriebsräte sich zu pflichtwidrigen und den Betrieb schädigenden Handlungen verleiten lassen, wie es z. B. in einer großen Uhrenfabrik der Fall war. Hier glaubte der Betriebsrat die Hochkonjunktur dazu ausnützen zu sollen, die Wiedereinstellung früher entlassener, ihm besonders genehmer Mitarbeiter zu erzwingen. Er schlug der Betriebsversammlung vor, die geforderten Ueberstunden zu verweigern und führte auch einen entsprechenden Beschluß herbei. Da indessen die verlangte Ueberarbeit im Tarife zugelassen war, verklagte die Firma den Betriebsrat, der alsdann vor dem Arbeitsgerichte in einem Vergleich seine Pflichtverletzung anerkannte. Abgesehen von derartigen Ausnahmefällen war jedoch im allgemeinen das Zusammenarbeiten der Betriebsvertretungen mit den Betriebsleitungen befriedigend. Die Voraussetzungen hierfür sind um so eher gegeben, wenn die Mitglieder des Betriebsrats in den einzelnen Jahren weniger häufig wechseln. Längere Zeit im Amt befindliche Betriebsratsmitglieder kennen den Betrieb und seine wirtschaftliche Lage so weit, daß sich ihre Wünsche und Vorschläge in der Regel im Rahmen des Erfüllbaren und wirtschaftlich Tragbaren halten.

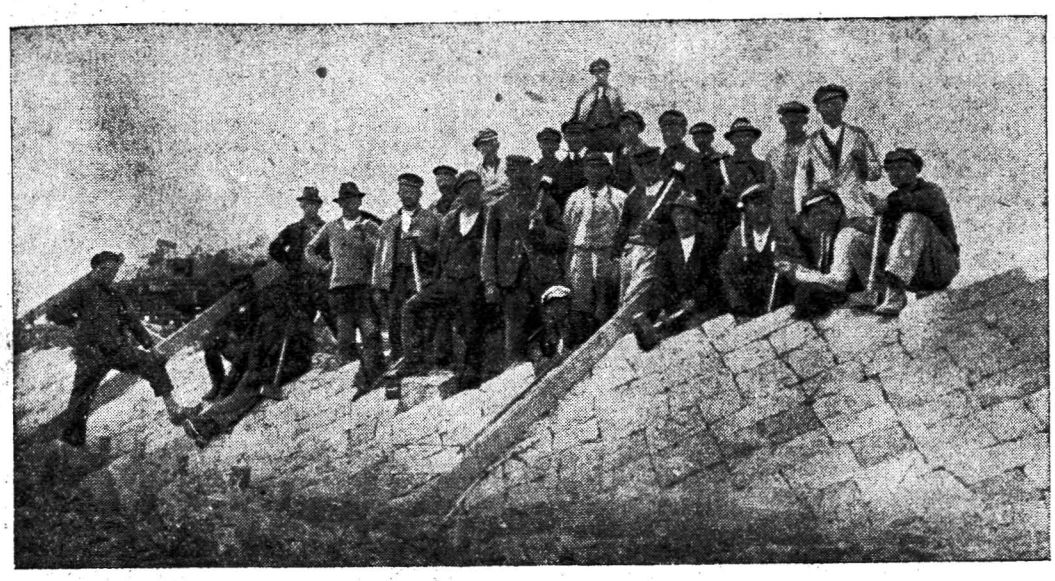
Der benachbarte Liegnitzer Bezirk hat folgende Entwicklung der Betriebsräte-Einrichtung gebracht. Das Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Betriebsvertretungen ist nicht selten durch Mangel an gegenseitigem Vertrauen gestört worden. Die ablehnende Stellung der Werksleitung gegen die Wünsche des Betriebsrates wurden zuweilen auch auf die Gewerbeaufsichtsbeamten übertragen, wenn diese die Anliegen der Arbeitervertreter zum Gegenstande der Verhandlung machten. Der Vermittlertätigkeit der Gewerberäte ist in solchen Lagen oft nicht eine restlose Verständigung, sondern nur eine vorläufige Einigung beschieden gewesen. In den Mittel- und Kleinbetrieben unterbleibt die Wahl des Betriebsrates wegen der Abneigung der Arbeitnehmer zur Uebernahme des Amtes immer häufiger, vielfach mußten auch die Arbeitgeber angehalten werden, ihren Verpflichtungen entsprechend § 23 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes nachzukommen. Auf diese Weise wurde u. a. die Betriebsratswahl in größeren Gast- und Schankwirtschaften und in einem Lichtspielunternehmen auf Anregung der Arbeiterorganisationen durchgesetzt.

Weniger ungünstig gestalten sich die Dinge in Oberschlesien. Zwar hat die dortige Arbeitnehmerschaft der Einrichtung der Betriebsräte kein erhöhtes Interesse entgegengebracht, doch konnte festgestellt werden, daß die sachliche Mitarbeit der Betriebsräte an den ihnen zugewiesenen Aufgaben in Großbetrieben zugenommen hat. Dies gilt u. a für Verhandlungen über Pausenregelung, Ueberarbeitsanträge, Unfallverhütung. Auf einigen Werken hatte z. B. der Betriebsrat eine schriftliche Zusammenstellung von Mängeln und Gefahrpunkten angelegt, die anläßlich von Unfalluntersuchungen besichtigt und zum großen Teil beseitigt werden konnten. In mehreren Fällen konnte die Bestellung von Wahlvorständen und die Bildung von Betriebsräten herbeigeführt werden.

Vorsichtig beurteilt die Entwicklung des Betriebsräte-Gedankens Magdeburgs Aufsichtsbehörde. Es ist verständlich, daß eine derartige Lage der Betriebe keinen gedeihlichen Boden für eine Fortentwicklung und Stärkung des Betriebsrätegedankens bot. Die Zahl der Betriebsvertretungen ging weiter zurück, Betriebsleute fand man nur noch selten. Diese Entwicklung wurde dadurch gefördert, daß unter den Arbeitnehmern das Bedürfnis nach einer Betriebsvertretung weiter schwindet. Es kam hinzu, daß in manchen Betrieben aus Mangel an Interesse, Einigkeit und Geschlossenheit der Belegschaft kein Betriebsrat zustande kam. Eine Wahlverhinderung durch Arbeitgeber konnte in keinem Fall beobachtet werden, dagegen ergab sich mehrfach, daß trotz ihrer Bemühungen eine Wahl nicht erfolgte. Einsichtige Arbeitgeber stehen den Betriebsvertre-

Eine Fahrt
Westerland—Cuxhaven—Hamburg

Es war ein herrlicher Spätsommertag, als ein Schnellzug eine Reihe Redaktionskollegen der Gewerkschaftspresse von Berlin und Hamburg gen Norden führte. Das erste Ziel war Westerland auf Sylt. Dieser Landstrich ist seit Mitte des vorigen Jahres keine reine Insel mehr, sondern zu einer deutschen Halbinsel geworden. Schon in der Vorkriegszeit war ein Eisenbahndamm nach dort geplant. Aber erst in der Nachkriegszeit kam er zur Durchführung. Der Damm durchschneidet das Meer auf einer Strecke von 11 Kilometer. Seine Krone ist 11 Meter breit und reicht für ein



Schienenpaar. Die Höhe des Dammes über der mittleren Tiefe des Meeres beträgt 7,40 Meter und überragt die bisher festgestellte höchste Sturmfluthöhe noch um 1,80 Meter. Der Damm ist nach dem gegenwärtigen Reichspräsidenten benannt. Als der Berliner Schnellzug über den Damm rollte, konnten wir sehr deutlich beobachten, daß das Meer bereits fleißig nach der Richtung gearbeitet hat, Neuland anzuschwemmen. Man schätzt die bis jetzt seit der Anlage des Dammes angeschwemmte Landfläche auf mehr als 300 Hektar. Somit wird aus dem Damm eine immer breiter werdende Landzunge, bis schließlich die Inselgruppe Sylt, Föhr und Wyk mit dem Festlande verbunden ist. Der Eisenbahndamm stellt also ein Kulturwerk ersten Ranges dar.

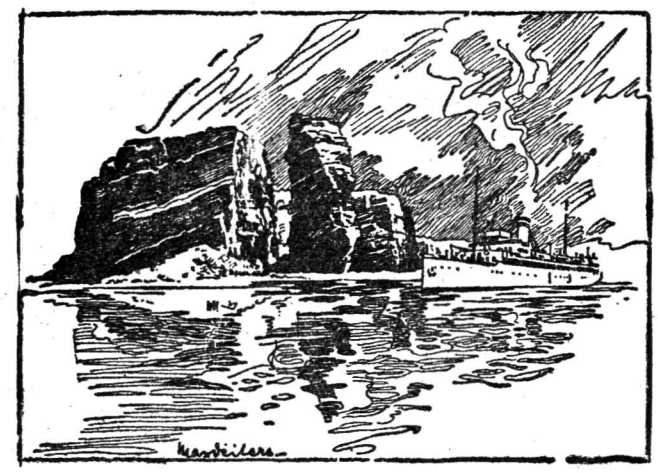
Etwa 30 Steinsetzer und Hilfsarbeiter aus Kiel und anderen norddeutschen Städten, auch aus Süddeutschland, haben dort etwa 1 Jahr gearbeitet. Diese Kollegen gründeten auch sofort eine selbständige Verbandszahlstelle und nannten diese „Klanxbüll" nach dem kleinen Dorfe in Schleswig, wo sie meistens wohl auch untergebracht waren. Ehe jedoch die Pflasterarbeiten des Dammes fertig waren, wurde die Zahlstelle Klanxbüll der Zahlstelle Kiel angegliedert. Das beigefügte Bild zeigt diese Kollegen auf dem Damm, wie sie einem Photographen ins Objektiv schauen. Die Pflasterarbeiten sind eigenartig, und wie aus dem Bilde ersehen werden kann, sind natürliche Basaltsäulen so, wie sie aus dem Steinbruch anfallen, in großer Menge verwendet worden. Der Damm ist also eine imposante, mit technischer Vollkommenheit in der Pflasterung hergestellte mächtige und unverwüstliche Steinstraße. Ein Beweis von der Kunst der Pflasterer.

Sylt ist mit 90 Quadratkilometer Fläche die größte deutsche Nordseeinsel. Sie bietet landschaftlich große Abwechslung. Alle Einrichtungen, Vergnügungsstätten usw. eines modernen Seebades sind vorhanden. Kein Wunder, daß diese Insel alljährlich das Ziel vieler Reisender ist. Trotzdem wird von den Westerländern über mangelnden Besuch namentlich in der Vor- und Nachsaison geklagt, was durch den Mund des zweiten Bürgermeisters, des Genossen Nielsen, bei einer Zusammenkunft mit den Gewerkschaftsredakteuren zum Ausdruck kam. Westerland ist eine Stadt von ungefähr 4000 Einwohnern, die natürlich überwiegend vom Fremdenverkehr leben. Wir konnten uns davon überzeugen, daß es sich auf Sylt gut leben läßt und ein abgearbeiteter Großstädter seine Nerven dort vorzüglich zu stärken vermag. Es gibt dort teure, aber auch preiswerte Unterkunft. Gegingt es der Arbeiterbewegung, den Lebensstandard der breiten Masse höher und höher zu heben, dann wird auch die Möglichkeit vorhanden sein, daß mehr Arbeiter, Angestellte und Beamte solche Erholungsstätten wie die Insel Sylt besuchen können. Unsere Freunde dort werden ihrerseits alles tun, um auch bereits jetzt einen Besuch zu erträglichen Bedingungen möglich zu machen.

Die Insel ist nicht nur vom Landwege, sondern auch auf dem See- und Luftwege zu erreichen. Die Lufthansa hat während der Sommermonate einen regelmäßigen Fahrdienst nach Sylt eingerichtet. Reizvolle Abwechslungen bietet der Weg zur See. Die Hamburg-Amerika-Linie hat durch den Hapag-Seebäderdienst nach den Nordseeinseln regelmäßige Linien eingerichtet. Die Verbindung zwischen Hamburg—Cuxhaven—Helgoland—Sylt wird aufrecht erhalten durch die Salonschnelldampfer „Kaiser", „Cobra" und „Adler". Von Westerland trug uns die Kleinbahn nach der Südspitze der Insel, die den Namen Hörnum trägt. Dort lag im blendenden Sonnenschein der Schnelldampfer „Kaiser", der bestimmt war, uns aufzunehmen. Kaum hatten wir es uns an Bord bequem gemacht, als auch schon die Stahltrossen gelöst wurden und die Maschine sich in Bewegung setzte.

Es war ein herrliches Wetter. Trotzdem war die See bewegt. Der „Kaiser" glitt schnell und unmerklich dahin. Die treuen Begleiter eines jeden Schiffes, die nimmermüden Möven, umgaukelten in wunderlichen Bewegungen den Dampfer. An Bord herrschte ein lebhaftes Treiben. Gespannt beobachteten wir die heraneilenden Wellenberge. Trotzdem der „Kaiser" 2000 Personen faßt, läßt sich ein leises Schwanken nicht vermeiden. Zuerst waren es die Frauen, die immer ruhiger und stiller wurden und sich auf den Liegestühlen niederließen. Bald war es eine größere Zahl, darunter auch verschiedene der gewerkschaftlichen Federfuchser, die von der Seekrankheit befallen wurden. Andere balanzierten mit recht blassen Gesichtern auf dem Deck herum. Der Redakteur des „Steinarbeiter" gehörte mit zu den Seefesten. Da an der Seekrankheit noch niemand gestorben ist, besserte sich das Befinden recht bald. Und als wir das gewaltige Felsmassiv der Insel Helgoland am Himmel aufsteigen sahen, hatte sich die Stimmung an Bord wieder merklich gehoben. Es ist ein schöner Anblick, wenn man per Schiff der Insel Helgoland näher kommt. Erst dann wird man sich der Worte recht bewußt, die der Dichter Wilhelm Jordan in seiner Dichtung „Felt Dora" folgendermaßen zum Ausdruck brachte:

„Die Nordsee schläft um Helgoland
und harft im Traum am Felsenstrand
ein sanftes Rieseltönen.
Die Trümmer, die sie stürmend schlug,
versucht ihr Schlummeratemzug
wie streichelnd zu versöhnen.
Die wunderbare Sommernacht
verdoppelt ihre Sternenpracht
im spiegelglatten Meere;
und leiht dem Eiland so den Schein,
es schweb' als Weltfragment allein
im Mittelpunkt der Sphäre."



Helgoland und die „Cobra"

Bald hält unser Schiff vor der schönen Insel, wo Hoffmann von Fallersleben das „Deutschlandlied" gedichtet hat. Die Helgoländer Schaluppen nähern sich, um einen Teil der Passagiere des „Kaiser" an Land zu bringen. Sobald dies geschehen, werden Helgoländer Badegäste eingebootet. Mit erstaunlicher Schnellig-

tungen nicht abgeneigt gegenüber, und ihre Zahl ist zweifellos im Zunehmen begriffen, nachdem sie den Wert der Betriebsvertretungen für Verhandlungen mit der Belegschaft erkannt und auch die Tarifverträge vielfach den Boden für die Betriebsvertretungen geebnet haben. So ist eine Mitwirkung der Betriebsvertretungen in einer Reihe von Tarifverträgen dadurch vorgesehen, daß die Leistung von Ueberstunden der vorherigen Zustimmung oder der Anhörung der Betriebsvertretung bedarf. Schluß im nächsten „Steinarbeiter"

Ein Notschrei der bayrischen Steinindustrie. Die Granitindustrie — so berichtet die „Wasser- und Wegebau-Zeitschrift" — im Bayrischen Wald und im Fichtelgebirge klagt bekanntlich schon seit längerer Zeit über die Zurücksetzung, die ihre Pflastersteine beim Straßenbau gegenüber den Teerprodukten erfahren. Es ist bis jetzt trotz aller Bemühungen nicht gelungen, die staatlichen und gemeindlichen Vergebungsstellen dazu zu bewegen, die heimische Steinindustrie am Straßenbau in einem solchen Maße teilnehmen zu lassen, wie es ihrer Bedeutung innerhalb der bayrischen Volkswirtschaft zukäme. In der gesamten bayrischen Hartsteinindustrie, von der die Granitindustrie (ohne die Werke für feine Steinbearbeitung) den größten Teil ausmacht, sind fast 10 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Es herrscht in der Pflastersteinindustrie gegenwärtig ein derartiger Auftragsmangel, daß jetzt in der Saison ernstlich daran gedacht werden muß, die Produktion stillzulegen. Daß Kleinpflaster und Beton immer als die teuerste Bauweise hingestellt wird, dürfte kaufmännisch gerechnet nicht richtig sein. Zwar ist die Anlage um etwa 20 bis 25 Prozent teurer als diejenige in Walzasphalt, aber die Lebensdauer ist mindestens die dreifache derjenigen des Asphalts. Kürzlich fand im Anschluß an eine Tagung eine Besichtigung von sächsischen Staatsstraßen statt. Die umfangreichen, teilweise schon 22 Jahre liegenden Kleinpflasterungen boten keinen Anlaß zur Kritik. Auf den vor drei Jahren eingebauten Solididitbeton- und Walzasphaltstrecken zeigten sich wesentliche Störungen, die nach dem Bericht der sächsischen Straßenbaudirektion in der Hauptsache durch den starken Verkehr verursacht worden sind, dem diese Decken nicht den notwendigen Widerstand wie das Kleinpflaster entgegensetzen konnten. — In einer nordbayrischen Stadt wird z. B. in diesem Jahr eine Straßenfläche von 10 000 Quadratmetern mit sogenanntem Mexasphalt belegt, nachdem ursprünglich Kleinpflaster vorgesehen war. Der Preis für Mexasphalt beträgt 8 Mark pro Quadratmeter. Die Herstellerfirma leistet fünf Jahre Garantie. Vom 5. bis zum 15. Jahr läßt sie sich jährlich pro Quadratmeter 20 Pfennig bezahlen und übernimmt dafür alle vorkommenden Reparaturen, mithin kommt der Quadratmeter „in der Anlage" auf 10 Mark. Was nach 15 Jahren wird, oder welche Unterhaltungskosten dann entstehen, danach wird nicht gefragt. Die Kleinpflasterdecke kommt auf etwa 12 bis 13 Mark fix und fertig verlegt. Sie hält sicher ohne Reparaturkosten 25 bis 30 Jahre und liegt mit 40 und 50 Jahren noch immer. Wird dann eine Umpflasterung vorgenommen, so kann, gutes Steinmaterial vorausgesetzt, dieses noch anderweitig Verwendung finden.

Die Konzentration der Spitzenverbände in der Industrie kommt in der Industriefachgruppe „Steine und Erden" sehr beachtlich zum Ausdruck. Wir entnehmen der „Bauwelt" nachstehende Notiz:

„Auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Tongrubenbesitzer gab Dr. Gustav Printz, Berlin, einen Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und seiner Fachgruppe Steine und Erden.

Aus dem Zusammenschluß des „Bundes der Industriellen" und des „Zentralverbandes Deutscher Industrieller" im Frühjahr 1919 entstand der Reichsverband der deutschen Industrie. Ihm schloß sich am 10. April 1919 die Fachgruppe als Glied unter dem Vorsitz des Baurats Dr. Niepert an. An der Gründung der Fachgruppe waren beteiligt die Spitzenverbände der Ziegel-, Ton-, Gips-, feuerfesten, Bims-, Kalk-, Kalksandstein-, Naturstein-, Sand- und Kies-, Traß- und Zementindustrie. Später schlossen sich noch Verbände der Kieselgur-, Kreide-, Steinzeug-, Schleifmittel- und Flußspatindustrie an. Die Fachgruppe umfaßt heute 17 Spitzenverbände der Industrien der Steine und Erden. Ihre Jahreserzeugung wird auf 1½ Milliarden Mark veranschlagt. Sie übertrifft damit die Braunkohle um das Dreifache. An den gesamten Güterfrachten der Reichsbahn hat die Industrie der Steine und Erden 20 v. H. teil und ist damit nach dem Kohlenbergbau ihr zweitgrößter Kunde. Die Beschäftigtenzahl wird auf 652 000 Personen in 37 000 Betrieben geschätzt."

Die Notiz ist für die Mitglieder des Steinarbeiterverbandes in zwei Beziehungen sehr beachtenswert. Einmal sehen wir, daß der Reichsverband für die Natursteinindustrie (Unternehmer) mit seinen 9 Unterverbänden geschlossen zur Industrie-Fachgruppe „Steine und Erden" gehört. Der Dachverband für alle Industriefachgruppen der Unternehmer ist „der Reichsverband der deutschen Industrie". Aehnlich wie für unsre Gewerkschaften der ADGB die Dachorganisation darstellt. Ferner sehen wir in dieser Unternehmer-Organisation-Konzentration durchaus keine Fachangliederung an das Baugewerbe. Damit ist auch der Weg für uns angedeutet, den wir vielleicht auch beschreiten müssen, wenn die Entwicklung in der Konzentration der beruflichen Arbeiterverbände zwingend wird. Wohl sagt uns die zitierte Notiz nichts Neues, aber sie verdient zur Kenntnis jedes Mitgliedes zu kommen.

Die Arbeitslosigkeit steigt. Die erste Hälfte des Monats August bringt nach längerer Zeit eine Steigerung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen. Diese stieg in der Arbeitslosenversicherung von rund 564 000 auf 567 700, d. h. um 0,6 v. H. Die Steigerung ist auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 5800 oder 1,4 v. H. anwuchs. Während im Gegensatz hierzu die Zahl der weiblichen Unterstützungsempfänger um 2100 oder um 1,3 v. H. zurückging. In der Krisenunterstützung ist die Zahl der männlichen Unterstützungsempfänger um 2,3 v. H. und die der Frauen um 3,4 v. H. zurückgegangen. Insgesamt fiel die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 82 900 auf 80 900.

Es ist ein außerordentlich betrübliches Zeichen, daß bereits Anfang August, wo die Saisonberufe, vor allem Landwirtschaft und das Baugewerbe, sich noch im vollen Betrieb befinden, eine Steigerung der Arbeitslosenziffern eingetreten ist. Eine sehr ernste Mahnung, dem Arbeitslosenproblem die größte Beachtung zu schenken. Die zeitige Zunahme der Arbeitslosigkeit rechtfertigt aber auch die kürzlich getroffene Maßnahme der Reichsregierung, die auf die Verlängerung der Unterstützungsdauer gerichtet war. Die Unternehmer haben bekanntlich dagegen schärfsten Protest eingelegt, und doch ist soziale Fürsorge das Gebot der Stunde. Das Problem der Arbeitslosigkeit tritt in seinem ganzen Umfange in den Vordergrund des wirtschaftlichen Lebens. Noch ist die Zunahme der Beschäftigungslosigkeit eine geringe. Wie es im Winter aussehen wird, ist durchaus noch unklar.

Unsoziales aus der Arbeitslosenversicherung. Ein „Hofgänger" hatte sich verheiratet und, weil er bei seinem Arbeitgeber keine Wohnung bekommen konnte, seine Arbeitsstelle aufgegeben. Der Vorsitzende des Arbeitsamts versagte die Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von vier Wochen, weil der Arbeitslose seine Arbeitsstelle ohne wichtigen und berechtigten Grund aufgegeben haben sollte. Der Spruchausschuß des Arbeitsamts gab dann allerdings dem Einspruch des Klägers statt, doch legte der Vorsitzende des Ausschusses Berufung bei der Spruchkammer de Landesarbeitsamts ein. Diese gab die Sache zur grundsätzlichen Entscheidung an den Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt ab. Sie war der Auffassung, daß die Arbeitslosenunterstützung für vier Wochen zu versagen sei, weil der Kläger sich zunächst eine Stelle mit Wohnung hätte besorgen müssen, bevor er heiratete; denn es sei ihm bekannt gewesen, daß er keine Arbeit erhalte, wenn er in den Herbstmonaten in die Stadt ziehe.

Einer solch unsozialen Auffassung, wie sie sich hier, anklingend an die Zeiten des „Hörigenwesens", bei einer Spruchbehörde in der Arbeitslosenversicherung offenbart, ist natürlich der Spruchsenat nicht beigetreten. Er verwies die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an die Spruchkammer des Landesarbeitsamts zurück und führte — für die neue Entscheidung richtunggebend — in der Begründung aus:

„Im vorliegenden Fall kann . . . dahingestellt bleiben, ob „ein wichtiger Grund" für den Arbeitnehmer gegeben ist, das Arbeitsverhältnis fristlos zu kündigen, wenn er bei der Verheiratung seine Wohnung nicht wie bisher behalten kann und deshalb seine Stelle aufgibt; denn es ist auch noch die wahlweise daneben vom Gesetz aufgestellte Möglichkeit, die hier bereits durchschlägt, zu prüfen, ob nämlich die Aufgabe des Arbeitsverhältnisses aus einem berechtigten Grund erfolgt ist. Was als berechtigter Grund anzusehen ist, sagt § 90 Abs. 2 und 3 AVAVG. Unter den dort aufgeführten Gründen kommt bei der vorliegenden Art von Fällen die Nr. 5 des § 90 Abs. 2 in Frage.

Danach liegt ein berechtigter Grund vor, wenn die Versorgung der Angehörigen nicht hinreichend gesichert ist. Unter Versorgung im Sinne dieser Vorschrift ist nicht lediglich die wirtschaftliche Versorgung zu verstehen. Bereits in der Entsch. II a Nr. 91/28 vom 26. Juni 1928 ist dargelegt, daß der Begriff Versorgung im weiteren Sinne aufzufassen ist, insbesondere auch die Pflege und Wartung der Angehörigen und unter Umständen auch die Beschaffung einer Wohnungsgelegenheit mit umfassen kann. Das letztere trifft namentlich dann zu, wenn sich ein Arbeitnehmer erst verheiratet, an seiner Arbeitsstelle, von der er bisher Wohnung bekam, für seine Familie eine Wohnung jedoch nicht erlangen kann und deshalb sich an einem anderen Ort als seinem bisherigen Wohnort um eine solche Wohnung umsehen muß . . ."

Dieser Fall beweist, wie wenig sozial immer noch sowohl Verwaltungsbeamte wie auch richterliche Beamte in der Arbeitslosenversicherung eingestellt sind.

Neueste Zahlenergebnisse aus der Invalidenversicherung. Nachdem die vom Reichsversicherungsamt für das Geschäftsjahr 1927 genannten vorläufigen Rechnungsergebnisse der Träger der Invalidenversicherung einen Ueberschuß von rund 283 Millionen Mark ergeben hatten, lassen die vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Zahlenergebnisse aus dem ersten und zweiten Vierteljahr 1928 auch für das Geschäftsjahr 1928 auf einen ganz erheblichen Ueberschuß schließen. So sind für das erste Vierteljahr 1928 als Einnahme aus Beiträgen genannt rund 252 Millionen, als Ausgabe für die Rentenlast rund 157 Millionen Mark. Für das zweite Vierteljahr 1928 ergeben sich als Einkommen aus Beiträgen rund 260 Millionen, als Ausgabe für die Rentenlast rund 159 Millionen Mark.

Mit ihren Vorausberechnungen und Voraussagen haben die „Theoretiker", die für 1928 bereits einen Unterschuß in der Invalidenversicherung zwischen Beitragseinnahmen und Rentenbelastung errechneten, völlig danebengehauen. Man wird kaum fehl gehen, wenn man für 1928 mit einem noch wesentlich höheren Ueberschuß der Gesamteinnahme über die Gesamtausgabe als für 1927 rechnet.

Die rechnerische Entwicklung der letzten Jahre in der Invalidenversicherung berechtigt die Versicherten durchaus, an eine baldige Herabsetzung der Altersgrenze zu denken, auch mit einer weniger strengen Umschreibung des Begriffs Invalidität als nach den jetzigen Bestimmungen (Erwerbsfähigkeit unter einem Drittel) zu rechnen.

Wie sich die Teuerung in den Lebenshaltungskosten widerspiegelt. Es ist kein Zweifel, daß die Preiserhöhung auf vielen Gebieten anhält. Die Höhe der Preise ist letzten Endes maßgebend für den Gang der Wirtschaftslage überhaupt. Für die große Masse des Volkes bedeuten Preiserhöhungen zugleich Verschlechterung der Lebenslage. Die vom Statistischen Reichsamt errechneten Lebenshaltungskosten sind sicherlich nicht in allen Teilen maßgebend für das Verhältnis zwischen Lohn und Preis. Trotzdem ist zur Zeit eine andere Vergleichsziffer nicht vorhanden. Die Lebenshaltungskosten entwickelten sich folgendermaßen: Januar 1927 144,6, Juni 150,0, Januar 1928 150,8, April 150,7, Juni 151,4, Juli 152,6 und August 153,5. Die zuletzt angeführten drei Monate weisen eine zunehmende Steigerung auf. Im Spiegel der Lebenshaltungskosten betrachtet ist die Teuerung zweifellos fühlbar. Treten nun noch die Auswirkungen der Tariferhöhung der Reichsbahn auf die Preisgestaltung in Erscheinung, so ist mit einer weiteren Erhöhung der Lebenshaltungskosten zu rechnen.

Die Wirtschaftsstatistiken und Volkswohlstand. Im Juliheft der „Mitteilung der Internationalen Handelskammer" befindet sich ein Artikel von Magnus W. Alexander, dem Vorsitzenden des National Industrial Conference Board, New York City. Der Artikelschreiber stellt Vergleiche an, mit den europäischen Kartellen und die amerikanischen Methoden durch Nutzbarmachung von Statistiken etwas Aehnliches zu erreichen. Ueber den Wert der Statistik gibt Alexander folgendes Urteil ab: „Die ebenso schnelle wie merkwürdige Entwicklung des Handels und der Industrie in den Vereinigten Staaten und die allgemeine Erhöhung des Wohlstandes ist zum größten Teile den auf der breitesten Grundlage zur Verwendung gekommenen Statistiken zu verdanken". — Wenn wir auch in das überhebliche Lob der Geschäftsstatistiken nicht einstimmen können, so dürfte es aber auch klar sein, daß eine genaue Durchleuchtung des Geschäftslebens zu günstigen Resultaten und Nutzanwendungen führt.

---

keit geht dies alles vonstatten. Und ehe wir uns versahen, ging das schöne Schiff wieder in See. Bald entschwindet auch Helgoland unseren Blicken. Unser nächstes Ziel ist Cuxhaven. War die See zwischen Sylt und Helgoland ziemlich bewegt, so ist sie jetzt merklich ruhiger geworden. Wir können in Ruhe das schöne Schauspiel einer prächtigen Fahrt genießen. Die Lungen weiten sich in der klaren, angenehmen feuchten Nordseeluft. Je näher wir der Küste kommen, desto belebter wird die See. Große Ueberseedampfer tauchen in der Ferne auf, kommen näher und verschwinden nach der entgegengesetzten Richtung. Kleine Fahrzeuge begegnen uns in großer Zahl. Ein buntes und erhebendes Schauspiel, wie es nur die Elbmündung zu bieten vermag. Die Insel Neuwerk mit ihrem massigen Leuchtturm lassen wir rechts liegen. Bald erscheint zwischen blauem Himmel und weiten Wasserflächen die Küste bei Cuxhaven am Horizont. Die „Alte Liebe", jene Landecke, die bei Cuxhaven ins Meer hineinragt, wird sichtbar. Fast unbemerkt hat unser Dampfer beigedreht und macht an der Cuxhavener Landungsbrücke fest.

*

Cuxhaven als Seebad und als Industriestadt. Cuxhaven wurde um die Wende des 14. und 15. Jahrhunderts von Hamburg erworben. Es liegt 120 Kilometer von der Mutterstadt entfernt. In Cuxhaven findet man in seltener Harmonie Badeleben mit Industrie und dem lebendigen Pulsschlag des Ueberseeverkehrs vereinigt. Halten doch die großen Amerikadampfer der Hapag hier. Teilweise werden die mit Schnellzügen herangebrachten Passagiere erst hier an Bord genommen. Diese Vielseitigkeit bringt dem Kurgast Vorteile mancher Art. Die Badegegend ist völlig getrennt vom Industriebezirk. Ein viele Kilometer langer Badestrand mit einem gut durch Steinplatten befestigten sauberen, mehrere Meter breiten Fußweg bietet Gelegenheit, in beschaulicher Einsamkeit Meer und Watt, Himmel und Wolkenspiel auf sich wirken zu lassen. Nirgends kommt das Schauspiel von Ebbe und Flut so zur Geltung wie hier; jenes Naturereignis, das der Dichter v. Liliencron in seinem „Trutz blanke Hans" folgendermaßen besungen hat:

„Im Ozean mitten schläft bis zur Stunde
Ein Ungeheuer tief im Grunde,
Sein Haupt ruht dicht vor Englands Strand,
Die Schwanzflosse spielt nach Brasiliens Sand.
Es zieht sechs Stunden den Atem nach innen,
Und treibt ihn sechs Stunden wieder von hinnen."

Doch nicht allein dem Badeleben Cuxhavens, das zu genießen infolge seiner günstigen Preisgestaltung auch dem arbeitenden Menschen möglich ist, soll ein Wort gewidmet werden, sondern mehr noch dem eigentümlichen gewerblichen Leben, das dieser Stadt ihr Gepräge gibt. Cuxhavens Bedeutung liegt auf dem Gebiete des Fischhandels und der Fischindustrie. Allerdings ist dessen Fischmarkt der jüngste unter den deutschen Fischmärkten. Er wurde zum kleineren Teil in den Jahren 1907/08, zum größeren Teil 1920/22 gebaut. Die Anlagen sind im Besitze des Hamburger Staates und werden jetzt von der Fischmarkt Cuxhaven G. m. b. H. verwaltet, deren Anteile sich restlos im Besitze des Hamburger Staates befinden. Verdient gemacht um Cuxhaven hat sich auch Albert Ballin, der verstorbene Leiter der Hamburg-Amerika-Linie. Ein besonderes Verdienst fällt dem Staatlichen Fischereidirektor Lübbert zu, der es sich nicht nehmen ließ, die Gewerkschaftsredakteure zu empfangen und entsprechende Aufklärung zu geben. Auch sei hier des Direktors der Fischmarkt Cuxhaven G. m. b. H., Herrn Meinken, lobend gedacht, der persönlich die Führung durch die umfangreichen Anlagen übernahm.

Die Belieferung des Cuxhavener Fischmarktes geschieht durch Fischdampfer, Hochseefischerei-Motorkutter und Küstenfischerei-Motorkutter. Der größte Teil der Fahrzeuge ist im Besitze der Cuxhavener Hochseefischerei AG, die 7 eigne Dampfer besitzt. Die Fahrzeuge werden nachts durch die Arbeiter der Staatlichen Fischmarktverwaltung entladen. Um 7 Uhr morgens beginnt die Auktion, nach deren Schluß die Käufer, nämlich die Fischgroßhandlungen, Fischräuchereien und Fischkonservenfabriken, die erworbenen Fischmengen so schnell als möglich in ihre Betriebsräume bringen lassen, um sie entweder in frischem Zustande zu verpacken und zu versenden oder aber sie in eine mehr oder minder haltbare Dauerware zu überführen. Alles wickelt sich mit einer besonderen Schnelligkeit ab. Bereits am Nachmittag verlassen die Fisch-Sonderzüge den Fischereihafen-Versandbahnhof, um die Fischsendungen schon am nächsten Morgen den binnenländischen Verbrauchern zuzuführen. Natürlich liegt die Ware von Anfang bis zu Ende des Transportes eisgekühlt. Der Fischmarkt Cuxhafen hat sich außerordentlich schnell entwickelt. Im Gründungsjahr 1908 wurden 8 Millionen Pfund Fisch umgesetzt; im Jahre 1926 war der Umsatz auf 106 Millionen Pfund gestiegen.

Etwas Eigenartiges haben die Fischverarbeitungsbetriebe an sich. Sie haben sich teilweise zu Großbetrieben entwickelt. Von einem Gang durch die Betriebe ist folgendes zu berichten: Die Lagerräume der Fischgroßhändler und Fischindustriellen befindet sich unmittelbar an den Auktionshallen. In einer Kühlfischfabrik werden die Fische gereinigt, geköpft, in Drahtkörbe gelegt und mit diesen in eine Salzsole gelegt, die eine Temperatur von etwa Minus 20 Celsius hat. Hier ist der Fisch in einer Stunde durchgefroren. Er wird dann mit Süßwasser glasiert, um die Verdunstung bei späterer Lagerung zu verhindern. Die Fische können sodann wie ein Stück Holz behandelt werden. Sie werden z. B. mit einer Bandsäge zersägt und somit zu Filets verarbeitet. Die Gräten werden vorher herausgefräst. Die Fische oder Filets brauchen bei guter Lagerung und gutem Transport erst wieder aufzutauen, wenn sie in die Bratpfanne gelegt werden.

Die Fischkonservenfabrik der Deutschen Seefischhandels-AG gliedert sich in eine Räucherei, Braterei, Fabrikation von Konsum-Fischkonserven und feinen Fischkonserven und eine Heringssalzerei. Sie beschäftigt rund 500 Personen. Die Fabrik stellt zur Zeit jährlich etwa 8 Millionen Dosen Fischkonserven her. Dazu kommt eine Tagesproduktion von 9000 Kisten (zu 5 Pfund) Bücklinge.

Die Seelachskonservenfabrik von Weber u. Schütt stellt die sehr begehrte Fischkonserve „Seelachs in Scheiben" her. Sie beschäftigt 120 Personen. Der Absatz dieser Ware ist ein guter. Die Cuxhavener Klippfischwerke AG verarbeiten den Kabeljau, der in den nordischen Meeren teilweise in sehr großen Mengen gefangen wird, zu Dauerwaren. Gewaltige Mengen lagern in den Räumen dieser Firma. Diese Dauerware wird hauptsächlich in Portugal, Spanien, Italien und andern Mittelmeerländern abgesetzt.

Neben diesen verschiedensten großen und kleinen Werken, die die Fische für die menschliche Nahrung verarbeiten, besteht ein Fischmehlwerk, das die Abfälle zu Fischmehl verarbeitet, um sie Futter- und Düngezwecken dienstbar zu machen. Große Eiswerke sorgen für den ungeheuren Eisbedarf der Betriebe, Handlungen und der Dampfer. Muß doch der Fisch, von dem Augenblick, wo er an Bord geschlachtet ist, bis zum Kleinhändler auf Eis gelagert werden. Ferner sind eine Netzfabrik, Werkstätten der verschiedensten Art und Läger für Kohlen und Bedarfsartikel vorhanden.

Es muß gesagt werden, daß die Verarbeitung der Fische in größter Sauberkeit in den Cuxhavener Betrieben vor sich geht. Jeder Besucher dieser Betriebe wird es bedauern, daß die deutsche Bevölkerung so wenig Fische ißt. Der Minderverbrauch an Seefischen ist zugleich ein volkswirtschaftliches Problem. Je Kopf der deutschen Bevölkerung werden nur 8 Kilogramm Fisch verbraucht gegen 20 Kilogramm in England. Gewaltige Nahrungsmittelmengen müssen jährlich eingeführt werden, die sich vermindern ließen, wenn mehr Fischnahrung gewählt würde. Namentlich durch die in England so beliebten Fischrestaurants könnte der Fischabsatz wesentlich gesteigert werden. Ansätze zur Errichtung solcher Fischbratereien sind auch in Deutschland gemacht worden, wo gut zubereiteter Fisch für billiges Geld abgegeben wird. Eine Portion für 50 Pfennig, wie sie uns in Cuxhaven vorgesetzt wurde, ist ein durchaus sättigendes und wohlschmeckendes Gericht.

Wir wollen unsere Schilderung nicht schließen, ohne nicht der Cuxhavener Arbeiterbewegung zu gedenken. Die Parteizeitung „Alte Liebe" entwickelt sich in prächtiger Weise. Die sozialen Baubetriebe legen hervorragendes Zeugnis ihres Könnens ab. So bauten sie z. B. das neue Seemannsheim, ein Millionenobjekt, welches der Verkehrsbund dortselbst errichtete. Das neue Gewerkschaftshaus ladet mit seinen schönen Gaststätten und seinem Hotelbetrieb zum Verweilen ein. Dank den Freunden, die uns dort so nett betreuten!

Nach eintägigem Aufenthalt verließen wir Cuxhaven. Der Schnelldampfer „Cobra" des Hapag-Seebäderdienstes nahm uns auf, um uns nach Hamburg zu bringen. Wieder das buntbelebte Bild eines Bäderdampfers. Frohe Menschen, die aus der Sommerfrische kommend ihren heimatlichen Penaten zustrebten. Auch eine Fahrt auf der Unterelbe hat ihre Reize. Das breite Silberband der Elbe wird, wenn man von seewärts kommt, schmaler und schmaler. Die Türme von Stade, Brunshausen, Glückstadt usw. gleiten vorüber. Schiff um Schiff begegnet uns, um entweder nach Hamburg zu gehen oder in See zu stechen. Flaggen aller Nationen flattern im Winde. Das herrliche Blankenese liegt im Sonnenglanze da. In der Ferne grüßen die Türme Hamburgs. Der Hamburger Hafen, dieses großartige Schauspiel menschlichen Schaffens, ist in Sicht. Sicher gleiten wir durch dieses Gewimmel von Schiffen, Barkassen und Kähnen hindurch. Bereits nach 3½stündiger Fahrt legt die „Cobra" an den St. Pauli-Landungsbrücken an. Noch einen Blick auf das schöne Schiff, und wir sind an Land. Das brausende Leben Hamburgs nimmt uns auf. Tage der Arbeit erwarteten uns. Galt es doch, den Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses beizuwohnen, um neue Anregungen für den großen Befreiungskampf der Arbeiterschaft in uns aufzunehmen. Denn nach einer solchen Fahrt hat man nur ein Interesse, nämlich allen Menschen solche Stunden der Schau und der Erholung möglich zu machen. Unsere Gewerkschaftsbewegung soll hierzu die Wege ebnen.